

Populismus in Polen:
Determinanten der Wahlentscheidung für die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS)

Populism in Poland: Determinants for Voting for „Law and Justice“ (PiS)

**Hausarbeit zur Erlangung des
akademischen Grades
Master of Arts in Politikwissenschaft
European Studies**

vorgelegt dem Fachbereich 02 - Sozialwissenschaften, Medien und Sport
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

von

Nathalie Nied
aus Limburg an der Lahn

2017

Erstgutachterin: Univ.-Prof. Dr. Edeltraud Roller

Zweitgutachter: PD Dr. habil. Wolfgang Muno

Gliederung

1. Einleitung.....	1
2. Begriffserklärung, Darstellung der Parteien und aktueller Forschungsstand	4
2.1 Definition: Populismus	4
2.2 Darstellung und Klassifizierung der polnischen Parteien.....	6
2.3 Forschungsstand	11
3. Erklärungsansätze der Wahlentscheidung	15
3.1 Der sozialpsychologische Erklärungsansatz als allgemeines Modell der Wahlentscheidung	16
3.2 Erklärungsansätze zur Wahlentscheidung rechtsextremer Parteien	20
3.2.1 Theorien zu Persönlichkeitsmerkmalen	20
3.2.2 Theorien zu Ungleichgewichtszuständen.....	22
3.2.3 Theorien zur Integration in die Gesellschaft	23
3.2.4 Theorien zur Wirkung politischer Kultur.....	24
3.3 Neue Konfliktlinie: Globalisierung	24
3.4 Entwicklung eines Modells zur Erklärung der Wahlentscheidung für die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS)	26
3.5 Hypothesen	31
4 Analyse der Determinanten auf die Wahl der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS).....	33
4.1 Datenbasis und Operationalisierung.....	33
4.2 Analyse der Effekte verschiedener Faktoren auf die Wahl der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS)	37
5 Fazit.....	51
Anhang	55
Literaturverzeichnis.....	58

1. Einleitung

„Kampf gegen den polnischen Rechtspopulismus“ – so lautet der Titel eines Artikels auf Deutschlandfunk Kultur vom 07.03.2017. Thematisiert wird der Aufstieg der Partei Recht und Gerechtigkeit (polnisch: *Prawo i Sprawiedliwość*, im Folgenden: PiS), die seit ihrem Wahlsieg bei den polnischen Parlamentswahlen 2015 die Regierung stellt. Da die Partei häufig durch umstrittene Reformen und Entscheidungen aufgefallen ist, wird sie vor allem in Westeuropa von Politikern und Medien stark kritisiert und als populistisch charakterisiert. Im Artikel wird jedoch auch der Protest gegen diese Maßnahmen innerhalb Polens dargelegt. Seit dem Regierungswechsel fanden regelmäßig Demonstrationen, Massenproteste und Kundgebungen in Warschau und anderen Großstädten statt, mit deren Hilfe die polnischen Bürger ihre Unzufriedenheit mit der PiS-Regierung und ihren Reformen zum Ausdruck gebracht haben.

Dennoch hat es die Partei geschafft, als klarer Sieger aus den Parlamentswahlen 2015 hervorzugehen und viele Wähler zu mobilisieren. Dabei stellt sich die Frage, wie sich der Erfolg von PiS erklären lässt und durch welche Charakteristika sich die Klientel der Partei beschreiben lässt.

Populismus ist ein Thema, das große Teile Europas in den vergangenen Jahren stark geprägt hat: von den Schwedendemokraten und Norwegens Fortschrittspartei im Norden über Frankreichs Front National und die deutsche AfD bis zur Lega Nord in Italien. Obwohl die Parteien in Westeuropa teilweise eine große Anhängerschaft haben, konnte sich bisher keine Partei in den Wahlen durchsetzen und in Regierungsverantwortung kommen. Anders in Mittel- und Osteuropa: In Ungarn, der Slowakei und Polen stellen inzwischen populistische Parteien die Regierung und üben somit größeren Einfluss auf ihre Nachbarstaaten aus. Darüber hinaus beeinflussen sie die übergreifende Kooperation innerhalb der Europäischen Union (im Folgenden: EU), die sich in einigen Bereichen erschwert hat. Auf der anderen Seite nehmen einige populistische Parteien eine ablehnende Haltung gegenüber einer weiterführenden europäischen Integration ein und kritisieren die EU und ihr Wirken im Allgemeinen. Dies ist auch bei der Partei PiS in Polen erkennbar. Entsprechend wurde die EU in Polen in den vergangenen Jahren zu einem zentralen Thema der Bürgermobilisierung.

Der Wahlsieg von PiS im Jahr 2015 hat gezeigt, dass sich die Mehrheit der Wähler für die populistische Partei ausgesprochen hat. Demnach ist auch davon auszugehen, dass ein großer Teil der Polen die populistischen Einstellungen der Partei unterstützt und

sich mit diesen identifiziert. Im Gegensatz dazu stellt sich ein anderer Teil der Bevölkerung gegen die Partei und kommuniziert die Abneigung gegen die populistischen Einstellungen offen. Die Einstellungen der Bürger scheinen also eine wichtige Rolle in der Politik einzunehmen und Einfluss darauf auszuüben, ob eine Person die Partei PiS befürwortet oder ablehnt. In dieser Arbeit soll untersucht werden, ob sich die Wähler der Partei mittels verschiedener Determinanten von Wählern nicht-populistischer Parteien unterscheiden lassen. Aus diesen Überlegungen ergibt sich folgende Fragestellung: Welche Determinanten beeinflussen die Wahlentscheidung für die Partei Recht und Gerechtigkeit?

Um sich dem Thema aus theoretischer Perspektive anzunähern, wird in Kapitel 2.1 zunächst der Begriff Populismus definiert und näher auf den Diskurs bezüglich der Begriffsdefinition in der Forschungsliteratur eingegangen. In dem darauf folgenden Kapitel 2.2 werden die besonderen Merkmale der polnischen Parteienlandschaft erläutert. Dies ist in dieser Arbeit von besonderer Relevanz, da davon ausgegangen wird, dass der landesspezifische Kontext wichtig für das Zustandekommen der Unterstützung populistischer Parteien ist. Es soll also nicht ein vorgefertigtes Modell auf Polen angewendet werden, das im westeuropäischen oder amerikanischen Kontext entstanden ist. Vielmehr wird im Verlauf der Arbeit ein eigenes Modell für Polen im Allgemeinen und PiS im Speziellen entwickelt, das die spezifischen Merkmale einbezieht. Um ein besseres Verständnis für die Entwicklung in Polen zu schaffen, werden die polnischen Parteien vorgestellt und charakterisiert. Darüber hinaus werden die Parteien in die zwei Gruppen „populistisch“ und „nicht-populistisch“ eingeteilt. In Kapitel 2.3 wird der aktuelle Forschungsstand vorgestellt. Dabei wird exemplarisch auf einige aktuelle Studien eingegangen, die besonders relevant im Zusammenhang mit dieser Arbeit sind. Der Mangel an Studien über Einstellungsforschung in Verbindung mit Populismus sowie Studien über mittel- und osteuropäische Staaten hebt die Relevanz dieser Arbeit hervor.

In Kapitel drei wird näher auf verschiedene Erklärungsansätze der Wahlforschung eingegangen. Das Ziel des Kapitels besteht darin, ein eigenes Modell für Polen zu erstellen. Die Entwicklung des Modells folgt einem vierstufigen Vorgehen: In Kapitel 3.1 wird zunächst der sozialpsychologische Ansatz von Campbell et al. als allgemeines Modell der Wahlforschung vorgestellt. Dieser Ansatz hat mehrere Vorteile: Zunächst hat er sich bereits in vielen Wahlstudien bewährt. Zudem liegt der Fokus auf den Einstellungen der Individuen als Determinanten der Wahlentscheidung. Diese sollen

auch in dieser Arbeit untersucht werden und Aufschluss über die relevanten Determinanten für die Wahlentscheidung für PiS geben. Außerdem weist der Ansatz eine große Flexibilität auf, sodass problemlos weitere kontextabhängige Variablen integriert werden können. In einem zweiten Schritt (Kapitel 3.2) werden Erklärungsansätze zur Wahl rechtsextremer Parteien vorgestellt. Diese enthalten Überlegungen, die über das allgemeine Modell hinausgehen. Die Überlegungen werden auf zwei Aspekte hin überprüft: die Möglichkeit, sie in das allgemeine Modell zu integrieren und ihre Relevanz für die Wahl populistischer Parteien, vor allem im polnischen Kontext. In Kapitel 3.3 werden Überlegungen zur Globalisierung bzw. zur europäischen Integration vorgestellt, durch die sich eine neue Konfliktlinie innerhalb der Gesellschaft entwickelt. Da die europäische Integration in Polen häufig und teilweise sehr polarisierend diskutiert wird, sollten diese Überlegungen besondere Relevanz für Polen haben. Nachdem die Ansätze vorgestellt wurden und auf ihren Nutzen für diese Arbeit überprüft wurden, kann die Entwicklung eines eigenen Modells in Kapitel 3.4 erfolgen. Dies wird sowohl Aspekte des allgemeinen Modells von Campbell et al. (1960) als auch Faktoren der Ansätze über Rechtsextremismus einbeziehen. Von zentraler Bedeutung wird an dieser Stelle die EU als supranationales Konstrukt sein. Die EU beeinflusst Polen stark und nimmt eine zentrale Rolle im politischen und gesellschaftlichen Diskurs ein. Dementsprechend sollte der Faktor im Modell besondere Berücksichtigung finden. In Kapitel 3.4 werden schließlich Hypothesen formuliert, die anhand der Analyse überprüft werden.

Im empirischen Teil der Arbeit wird das entwickelte Modell getestet. Zunächst wird in Kapitel 4.1 die Datenbasis vorgestellt und die theoretischen Überlegungen werden operationalisiert. Als Datengrundlage wird der sechste Durchgang des European Social Survey (im Folgenden: ESS) aus dem Jahr 2012 genutzt. Die Operationalisierung orientiert sich teilweise an vorherigen Analysen, die ebenfalls mit dem ESS gearbeitet haben. Nach diesem Schritt folgt in Kapitel 4.2 die Analyse, die mit dem Statistikprogramm Stata durchgeführt wird.

In Kapitel 5 werden daraufhin die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst und weiterführende Überlegungen formuliert.

2. Begriffserklärung, Darstellung der Parteien und aktueller Forschungsstand

Da es sich bei Populismus um ein relativ neues Phänomen handelt, soll in diesem Kapitel zunächst eine Begriffsdefinition gegeben werden, die der Analyse zugrunde gelegt werden kann. Daraufhin werden die polnischen Parteien vorgestellt, wobei gleichzeitig eine Klassifizierung in populistische und nicht-populistische Parteien vorgenommen wird. Die Parteien werden darüber hinaus ideologisch eingeordnet. Die Besonderheiten der polnischen Parteienlandschaft im Vergleich zu westeuropäischen Parteienlandschaften werden ebenfalls kurz vorgestellt, um ein Verständnis für den länderspezifischen Kontext zu schaffen, der für die Entwicklung eines Analysemodells von besonderer Relevanz ist. Zuletzt wird auf den aktuellen Forschungsstand eingegangen. Der Beitrag, den diese Arbeit in dem Forschungsbereich leistet, kann somit besser eingeordnet werden.

2.1 Definition: Populismus

Die Thematisierung von Populismus hat in den vergangenen Jahren sowohl in den Medien und bei politischen Akteuren als auch in der Forschungsliteratur enorm an Bedeutung gewonnen. Dabei wurde der Begriff häufig und zum Teil sehr unterschiedlich umschrieben, sodass eine einheitliche Definition des Phänomens in der Forschungsliteratur bis heute nicht existiert. Zudem herrscht kein Konsens darüber, ob es überhaupt möglich ist, eine allgemeine Theorie des Populismus zu formulieren und diesen somit als universelles Phänomen zu betrachten. Dennoch versuchen einige Autoren, Populismus von anderen Arten politischer Mobilisation abzugrenzen (Anduiza/Rico 2016: 2).

Cas Mudde gilt mit seiner Definition aus dem 2004 erschienenen Artikel „The Populist Zeitgeist“ als einer der einflussreichsten Autoren auf dem Forschungsgebiet (Aslanidis 2015: 88). Er definiert Populismus als *„ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, ‘the pure people‘ versus ‘the corrupt elite‘, and which argues that politics should be an expression of the volonté générale (general will) of the people“* (Mudde 2004: 543).

Ein erstes Merkmal besteht somit in der Teilung der Gesellschaft in zwei gegensätzliche Gruppen: Diese geht einher mit einer „positive valorisation of ‚the people‘ and denigration of ‚the elite““ (Stanley 2011: 258). Das Volk wird in seiner Gesamtheit als gut und moralisch charakterisiert. Darüber hinaus ist das Volk „the core and the heart of democracy“ (Akkerman et al. 2014: 1327) und zugleich der Grundstein der

Gesellschaft. Das Volk wird demnach als homogene Gruppe verstanden, die aus Individuen besteht, die die gleichen Werte vertreten. Laut Mudde (2004: 545f.) handelt es sich dabei nicht um eine klar definierte reale Gruppe, sondern vielmehr um ein rhetorisches Werkzeug, das von populistischen Akteuren genutzt wird, um die Bürger zu mobilisieren. Das Volk ist demnach eine imaginäre Gemeinschaft, in der die Ideen der populistischen Akteure vereint werden. Die Tugendhaftigkeit dieser Gemeinschaft wird besonders hervorgehoben und der Elite gegenübergestellt. Bei der Elite kann es sich je nach Kontext um eine politische Elite, eine ökonomische Elite, eine kulturelle Elite, eine juristische Elite, Medien oder andere relevante Akteure handeln (Inglehart/Norris 2016: 6f.). Diese gilt als böse und korrupt und stellt die eigenen Interessen über die Interessen der Bürger. Als Konsequenz wird das Volk in seiner Gesamtheit aufgewertet. Gleichzeitig finden eine Herabwürdigung der Elite und die Mobilisierung anti-elitärer Ressentiments statt. Die Gegenüberstellung des guten bzw. reinen Volks und der bösen bzw. korrupten Elite ist ein zentrales Merkmal des Populismus (Mudde 2004: 545ff.).

Die antagonistische Beziehung zwischen beiden Gruppen lässt sich darauf zurückführen, dass die Gegenspieler nicht nur als Akteure mit unterschiedlichen Werten und Einstellungen betrachtet werden, sondern darüber hinaus ein Bild von Freunden und Feinden vermittelt wird, zwischen denen es zu keinem Kompromiss kommen kann (Mudde 2004: 544).

Als Grundlage für die Interessen, die vertreten werden, berufen sich populistische Akteure auf den Gemeinwillen der Bürger. Das Moralverständnis und Wissen des reinen Volks wird der Elite, die das Volk bevormundet, somit übergeordnet.

Mudde bezeichnet Populismus als „thin-centred ideology“ (Mudde 2004: 544). Dies bedeutet, dass es sich um ein in einer Ideologie vorgelagertes Konstrukt handelt. Dieses Konstrukt ist in seiner Gesamtheit nicht ähnlich konsistent und fein definiert wie andere Ideologien, sondern weist eher die Charakteristiken eines Denkstils oder einer Mentalität auf. Insgesamt handelt es sich bei Muddes Definition um eine breite Definition des Begriffs, die Spielraum für eine Verbindung mit anderen Ideologien lässt. Dementsprechend ist Populismus stark kontextabhängig und wird auch als Reaktion auf einen gegebenen Zustand bezeichnet. Der Kontext kann von Fall zu Fall variieren. Folglich muss Populismus in Westeuropa nicht identisch mit Populismus in Osteuropa sein (Priester 2011: 190).

2.2 Darstellung und Klassifizierung der polnischen Parteien

Bevor auf die Darstellung und Klassifizierung der polnischen Parteien eingegangen wird, werden kurz einige Besonderheiten der polnischen Parteienlandschaft vorgestellt. Das polnische Parteiensystem zeichnet sich vor allem durch Wandel und eine hohe Volatilität aus. Dies liegt daran, dass es sich bei Polen um eine junge Demokratie handelt, die noch nicht vollständig konsolidiert ist. So kann bis auf einige Ausnahmen weder eine Entwicklung hin zu kohärenten und beständigen Parteien noch eine stabile Interaktion zwischen den existierenden Parteien beobachtet werden. Die polnische Parteienlandschaft zeichnet sich durch häufige Wechsel der konkurrierenden Parteien aus (Millard 2009: 781f.). Beispielhaft kann die 2015 gegründete politische Bewegung „Kukiz’15“ genannt werden, die 2015 erstmals bei den Parlamentswahlen antrat und zur drittstärksten Kraft im polnischen Parlament, dem Sejm, gewählt wurde. Ein weiteres Beispiel ist der erstmalige Einzug von vier Parteien ins Parlament und die daraus resultierende Neuordnung im Jahr 2001. Dies sind nur zwei von vielen Beispielen, die den Wandel, die Instabilität und die Unberechenbarkeit der polnischen Parteienlandschaft verdeutlichen. Neu gegründete Parteien und Bewegungen verzeichnen in Polen häufig große Erfolge bei den Parlamentswahlen, wohingegen etablierte Parteien, darunter auch Regierungsparteien, ihre Sitze im Sejm teilweise oder vollständig verlieren (Slomczynski/Shabad 2011: 901). Aus der Unbeständigkeit der konkurrierenden Parteien folgt eine permanente Neuordnung der Beziehungen der Parteien zueinander. Folglich wird in Polen auch eine Koalitionsbildung erschwert (Millard 2009: 784-791). Die polnischen Wahlen zeichnen sich darüber hinaus durch eine traditionell geringe Wahlbeteiligung aus (Majcherek 2014: 4).

Dennoch sollen im Folgenden diejenigen Parteien vorgestellt und klassifiziert werden, die relevant für diese Arbeit sind und die polnische Parteienlandschaft prägen. Die Klassifizierung erfolgt auf Basis der Studie über populistische Parteien von Inglehart

und Norris aus dem Jahr 2016¹. Da sich die Analyse in Kapitel 4 auf die polnischen Parlamentswahlen in 2011 bezieht, werden die dort konkurrierenden Parteien im Zentrum der Darstellung stehen. Eine Übersicht über die relevanten Parteien befindet sich im Anhang der Arbeit.

Die 2001 gegründete Partei PiS ist eine nationalkonservative Partei, die für traditionelle Werte steht und sich für eine engere Beziehung zwischen Kirche und Staat ausspricht. Sie wird als christdemokratisch und EU-skeptisch charakterisiert. Majcherek (2014: 2) bezeichnet sie als „national-katholische[-] Rechte[-]“. Aufgebaut wurde die Partei 2001 um Lech und Jarosław Kaczyński nach dem Zerfall der Gruppierungen, die Polen in den ersten Jahren nach 1989 geprägt hatten. Nach einer anfänglichen Kooperation mit der Bürgerplattform PO entstand eine tiefe Spaltung zwischen den beiden Parteien, die bis heute anhält. PiS stellt sozialpolitische Themen, konservative Werte und eine Anti-Establishment-Haltung in den Fokus. Von zentraler Bedeutung in der Rhetorik von PiS sind dabei Vorwürfe gegenüber anderen Parteien. Häufig thematisiert werden das „Auseinanderfallen der polnischen Nation, der Ausverkauf des staatlichen Eigentums und der Verlust der Souveränität“ (Flis 2012b: 4). Das Flugzeugunglück von Smolensk im Jahr 2010, bei dem Lech Kaczyński und andere prominente Politiker ums Leben gekommen sind, war ein bedeutender Einschnitt in der Parteigeschichte, der die Identität von PiS nachhaltig geprägt hat. Da sich das Selbstverständnis der Partei daraufhin gewandelt hat, existieren in der Partei seitdem sowohl mehr Feindbilder als auch eine verstärkte Wahrnehmung der Partei durch die Augen der politischen Gegner. Der Bruch mit der Bürgerplattform kann ebenfalls als Resultat des Vorfalls bezeichnet werden. Insgesamt haben sich die politischen Spaltungen im Land seitdem verstärkt. Zudem zeichnet sich die Partei seither durch eine stärkere Fokussierung auf den Parteivorsitzenden Jarosław Kaczyński aus, der jedoch derzeit kein Staats- und Regierungsamt ausübt. Bei den Parlamentswahlen 2015 gelang es der Partei, die absolute Mehrheit der Sitze im Sejm zu gewinnen und erstmals nach 1989 eine

¹ Um die Klassifizierung der Parteien und populistische und nicht-populistische Parteien zu ermöglichen, greifen Inglehart und Norris auf die Chapel Hill Expert Survey (CHES) aus dem Jahr 2014 zurück. In dieser Studie werden den Parteien mittels einer Faktorenanalyse ideologische und politische Positionen zugeordnet. Die 13 Indikatoren messen Faktoren wie „traditionelle Wertvorstellungen“, „Multikulturalismus“, „Nationalismus“, „Marktregulierungen“, „Einkommensumverteilungen“. Inglehart und Norris erstellen auf Basis der Items eine 4-Felder-Tafel mit zwei Skalen: kulturelles Cleavage (kosmopolitisch-liberal bis populistisch) und wirtschaftliches Cleavage (wirtschaftlich links bis wirtschaftlich rechts). Je nach Bewertung der Partei auf beiden Skalen durch den CHES, können die Parteien einer von vier Gruppen zugeordnet werden. Dabei handelt es sich um folgende Gruppen: populistisch rechte Parteien, populistische linke Parteien, kosmopolitisch-liberal rechte Parteien und kosmopolitisch-liberal linke Parteien. Um populistische Parteien handelt es sich folglich bei einer Zuordnung in die beiden ersten Gruppen.

Alleinregierung in Polen zu bilden. Die Partei war bereits zuvor von 2005 bis 2007 in einer Koalition in Regierungsverantwortung (Flis 2012b: 2-6).

Inglehart und Norris (2016: 44) klassifizieren PiS als populistische Partei. Bader (2013: 419) schließt sich dieser Klassifizierung aufgrund der genutzten Rhetorik und dem damit angestrebten populistischen Politikstil an.

Die Bürgerplattform PO (polnisch: *Platforma Obywatelska*) ist eine liberal-konservative Partei, die im Jahr 2001 - ähnlich wie die PiS - nach einem gesellschaftlichen Aufruhr als Reaktion auf die erstarrten politischen Verhältnisse in Polen gegründet wurde. Ideologisch tritt die Partei heterogen auf. Sie ist einerseits wirtschaftsliberal, andererseits wertkonservativ (Slomczynski/Shabad 2001: 902). Von 2007 bis 2015 war die PO unter Führung von Donald Tusk, der von 2007 bis 2014 das Amt des Ministerpräsidenten innehatte, in Regierungsverantwortung. Während dieser Periode erlitt die PO aufgrund zweifelhafter personeller und inhaltlicher Entscheidungen einen Imageverlust, der 2015 in einer Abstrafung durch die Wähler resultierte (Majcherek 2014: 3). Aufgrund der starken Anti-Establishment Rhetorik der PO während der Gründungsjahre können der Partei in ihrer Anfangszeit populistische Merkmale zugeordnet werden. Ab 2005 hat sie sich jedoch klar vom populistischen Politikstil abgegrenzt und sich bewusst ein anti-populistisches Image gegeben, sodass sie seit diesem Zeitpunkt nicht mehr als populistische Partei eingestuft werden kann (Bader 2013: 419). Demnach wird die PO in dieser Arbeit - mit Bezug auf die Klassifizierung von Inglehart und Norris (2016: 44) - der Gruppe der nicht-populistischen Parteien zugeordnet.

Die polnische Bauernpartei PSL (polnisch: *Polskie Stronnictwo Ludowe*) ist eine Interessenvertretung der Landbevölkerung, die zu großen Teilen aus der Bauernpartei der Volksrepublik Polen hervorgegangen ist und bereits Ende des 19. Jahrhunderts gegründet wurde. Seit 1990 ist sie als moderate Agrarierpartei zu charakterisieren, die vor allem in den ländlichen Gebieten sowie bei Wahlen auf Lokal- und Regionalebene gute Ergebnisse erzielt. Ihre Ausrichtung ist gemäßigt konservativ und christdemokratisch, wobei die Wirtschafts- und Sozialpolitik in Teilen als sozialdemokratisch bezeichnet werden können. Die PSL war von 1993 bis 1997 sowie von 2001 bis 2003 als Koalitionspartner der SLD und von 2007 bis 2015 als Koalitionspartner der PO in Regierungsverantwortung. In den Parlamentswahlen 2015 hat die PSL aufgrund des großen Erfolges von PiS in den ländlichen Regionen viele Wähler verloren und konnte nur knapp in den Sejm einziehen (Pilawski/Politt 2016:

169). Der Kategorisierung von Inglehart und Norris folgend, handelt es sich bei der PSL um eine nicht-populistische Partei.

Die Partei Demokratische Linksallianz SLD (polnisch: *Sojusz Lewicy Demokratycznej*) entstand 1991 mit Blick auf die Parlamentswahlen desselben Jahres als „strategische Kooperation zwischen der SdRP (Gruppierung „Sozialdemokratie der Republik Polen“, Anm. der Autorin) und dem ebenfalls ehemals kommunistisch kolorierten Gewerkschaftsbündnis OPZZ (Allpolnische Gewerkschaftsverständigung)“ (Lang 2000: 1). Sie gilt ideologisch als sozialdemokratische Partei mit postkommunistischer Färbung. Seit 1999 ist sie eine eigenständige Partei. 1993 und 2001 ging sie aus den Parlamentswahlen jeweils als stärkste Partei hervor. 2004 geriet die Partei in eine schwere ideologische Krise, von der sie sich bis heute nicht vollständig erholen konnte, was sich in einem immer geringer werdenden Wählerzuspruch ausgedrückt hat. Bei der Parlamentswahl 2015 hat die Partei alle Sitze verloren und ist seitdem nicht mehr im Sejm vertreten. Aufgrund diverser ideologischer Veränderungen fehlt es ihr inzwischen an Glaubwürdigkeit (Sutowski 2017, Politt 2005). Die SLD wird auf Basis der Klassifizierung von Inglehart und Norris der Gruppe nicht-populistischer Parteien zugeordnet.

Die Palikot-Bewegung (polnisch: *Ruch-Palikota*) wurde 2010 gegründet und zog 2011 erstmals und als drittstärkste Kraft in den Sejm ein. Die Bewegung ist stark auf die Person Janusz Palikot ausgerichtet und ist als Reaktion auf einen Bruch mit seiner damaligen Partei PO entstanden. Programmatisch war sie zunächst auf Internetthemen fokussiert und versteht sich selbst als antiklerikal (Bader 2013: 420). Im Wahlkampf 2011 konnte die Partei „die Sehnsucht [der Wähler] nach einem modernen und effektiven Staat ausnutzen“ und hat vor allem durch die effektive Platzierung in den polnischen Medien viele Bürger erreicht (Flis 2012a: 6). 2013 kam es durch den Zusammenschluss der Palikot-Bewegung mit anderen Gruppierungen zur Bewegung *Twój Ruch* und somit zur Auflösung der Partei. Obwohl die Partei die Wähler mit einer starken Anti-Establishment Rhetorik mobilisierte, handelt es sich laut Bader (2013: 420) nicht um eine populistische Partei, sondern um einen Sonderfall. Dieser wird als „Web 2.0“ bezeichnet, was auf die Fokussierung auf Soziale Medien zurückzuführen ist. Zudem akzeptiert die Partei eine innerparteiliche Meinungsvielfalt und strebt die Verknüpfung mit Online-Communities an. Auch Inglehart und Norris klassifizieren die Palikot-Bewegung nicht als populistische Partei.

Das Wahlkomitee Deutsche Minderheit (polnisch: *Komitet Wyborcy Mniejszość Niemiecka*) ist eine ethnische Minderheitenpartei, die hauptsächlich in einem Verwaltungsbezirk, der Woiwodschaft Oppeln, aktiv ist. Sie ist die einzige nationale Minderheitenpartei, die regelmäßig an Wahlen teilnimmt. Das Wahlkomitee ist von der Fünf-Prozent-Sperrklausel befreit und derzeit mit einem Abgeordneten im Sejm vertreten. Während die Unterstützung bei Parlamentswahlen rückläufig ist, kann die Partei auf der Selbstverwaltungsebene in der Region Oppeln immer noch gute Ergebnisse erzielen und gilt hier als etabliert. Das Wahlkomitee wird den nicht-populistischen Parteien zugeordnet (Waschinski 2008: 2).

Die folgenden Parteien wurden zwar im Datensatz abgefragt, die Anzahl der Stimmen in den Parlamentswahlen 2011 war jedoch so gering, dass sie nur kurz erwähnt werden: Kongress der neuen Rechten KNP (polnisch: *Kongres Nowej Prawicy*) ist eine 2010 gegründete konservative, ultraliberale und EU-kritische Partei, die stark auf ihren Vorsitzenden Korwin-Mikke zugeschnitten ist. Die Partei fordert die Einführung eines präsidentialen Systems sowie eine föderale Gestaltung Polens. Inglehart und Norris (2016: 44) klassifizieren die Partei als populistisch.

Die Partei „Polen ist am Wichtigsten“ PJN (polnisch: *Polska Jest Najważniejsza*) lässt sich zwischen wertkonservativ und sozialkatholisch einordnen. Sie hat sich von PiS abgespalten und 2013 mit der Gründung der Partei Polen Zusammen (polnisch: *Polska Razem*) wieder aufgelöst. Entsprechend der Klassifizierung von Inglehart und Norris wird die PJN den nicht-populistischen Parteien zugeordnet.

Die Polnische Partei der Arbeit PPP (polnisch: *Polska Partia Pracy*) wurde 2001 gegründet und gilt als „politischer Arm der Gewerkschaft ‚Sierpień 80‘“ (Politt 2005). Inhaltlich ist sie sozialistisch ausgerichtet. Darüber hinaus ist sie EU-kritisch und legt Wert auf die Betonung nationaler Werte. Inglehart und Norris ordnen die PPP nicht den populistischen Parteien zu (Politt 2005).

Die politische Bewegung *Kukiz' 15* und die liberale Partei *Nowoczesna* können in dieser Arbeit aufgrund fehlender Daten nicht untersucht werden. Die Parteien sind bei der Parlamentswahl 2015 als dritt- und viertstärkste Kraft (*Kukiz'15*: 8,8% ; *Nowoczesna*: 7,6%) in den Sejm eingezogen und gelten als neue Gruppierungen in der polnischen Parteienlandschaft. Sie werden in dem vorliegenden Datensatz aus dem Jahr 2012 nicht berücksichtigt, da ihre Gründung erst im Wahljahr 2015 stattfand. Der Wahlerfolg von *Kukiz'15*, die als rechtspopulistisch und EU-kritisch gilt, kann jedoch als weiterer Beleg für den Erfolg populistischer Parteien in Polen gedeutet werden. Eine genauere

Untersuchung des Wahlerfolgs könnte in einer anschließenden Arbeit weiteren Aufschluss über Determinanten der Wahlentscheidung für populistische Parteien in Polen geben.

2.3 Forschungsstand

Die Zunahme der Thematisierung populistischer Themen in der Forschungsliteratur reflektiert den Erfolg populistischer Parteien und Gruppierungen seit den 1990er Jahren. Ein Großteil der Publikationen beschäftigt sich mit der Definition des Begriffs Populismus und mit Versuchen, den Erfolg populistischer Parteien zu erklären. Aktuellere Studien gehen auf die Einflussnahme populistischer Parteien auf das politische System ein. Darüber hinaus wird in Einzelfallstudien häufig der Grad der populistischen Ausprägung bei politischen Parteien thematisiert. Im Gegensatz dazu ist die Zahl der Studien überschaubar, die sich mit Zusammenhängen von Einstellungen der Bürger und Populismus beschäftigen. Dabei werden populistische Einstellungen nur selten direkt gemessen. Generell ist die empirische Beschäftigung mit dem Thema Populismus relativ neu (Akkerman et al. 2014: 1325).

Bei der Fallauswahl in einem Großteil der Studien handelt es sich meist um westeuropäische Staaten (vgl. Akkerman/Mudde/Zaslave 2014; Bakker/Rooduijn/Schumacher 2016). Nord- bzw. lateinamerikanische Staaten tauchen in der Forschungsliteratur ebenfalls häufig auf (vgl. Hibbing/Theiss-Morse 2002; Remmer 2012; Doyle 2011). Schaut man genauer auf Mittel- und Osteuropa, fällt auf, dass nur wenige Studien „a more sophisticated and conceptually distinct analysis of populism and studies of ‚unorthodox‘ parties in Central and Eastern Europe“ (Stanley 2011: 257) thematisieren. Nur ein Bruchteil dieser Studien beinhaltet empirische Analysen und legt den Fokus auf Wahlverhalten und Einstellungen der Bürger.

Da es der Umfang dieser Arbeit nicht zulässt, einen vollständigen Überblick über die Forschungsliteratur zu geben, werden im Folgenden exemplarisch einige Studien vorgestellt, die den Forschungsstand wiedergeben und zugleich relevant für die zugrundeliegende Fragestellung sind. Die vorhandenen Studien versuchen, populistische Einstellungen durch eine Vielzahl von Faktoren zu erklären.

Bakker et al. (2016) legen ihrer Studie eine psychologische Herangehensweise zugrunde und wollen eine Kongruenz zwischen der Persönlichkeit der Wähler und dem Image der populistischen Parteien nachweisen. Als Basis dient das Big Five-Modell der Persönlichkeitspsychologie, demzufolge fünf Hauptdimensionen der Persönlichkeit

(Offenheit, Gewissenhaftigkeit, Extraversion, Verträglichkeit, Neurotizismus) existieren. Die Studie bezieht sich vor allem auf die Anti-Establishment Haltung der populistischen Parteien, die mit einer geringen Ausprägung an Verträglichkeit bei Wählern einhergeht. Dementsprechend sind Wähler populistischer Parteien laut Bakker et al. egoistischer, misstrauischer, intoleranter und weniger kooperativ als Wähler nicht-populistischer Parteien (Bakker et al. 2016: 305, 315ff.).

Häufig werden in den Studien zum Wahlverhalten populistischer Parteien ökonomische Variablen herangezogen. Anduiza und Rico (2016) versuchen beispielsweise in einer komparativen Studie, die auch Polen einschließt, populistische Einstellungen von Bürgern auf deren individuelles Gefühl von ökonomischer Verwundbarkeit zurückzuführen. Laut dieser Studie spielen im Gegensatz zur objektiven ökonomischen Situation (z.B. Einkommensklasse, beruflicher Status) die subjektive Wahrnehmung einer Wirtschaftskrise und die daraus folgenden möglichen Konsequenzen für das Individuum eine wesentlich größere Rolle bei der Entwicklung populistischer Einstellungen. Die subjektive Bewertung der wirtschaftlichen Lage wirkt dabei als starker Einflussfaktor. Darüber hinaus wirken sich laut der Studie Faktoren wie die Einstufung im links-rechts Spektrum, Wissen über politische Zusammenhänge und die persönliche Nähe zu Amtsinhabern signifikant auf die Herausbildung populistischer Einstellungen aus (Anduiza und Rico 2016).

Einen ähnlichen Ansatz verfolgen auch Inglehart und Norris (2016)² in ihrer Studie, wobei den ökonomischen Erklärungsfaktoren die „cultural backlash“-Theorie entgegengesetzt wird. Demnach ist die Wahl einer populistischen Partei „a reaction against progressive cultural change“ (Inglehart/Norris 2016: 3f.). In ihrer Analyse beweisen die Autoren, dass Personen, die Angst vor einem kulturellen Wertewandel hin zu progressiven und post-materialistischen Werten (vgl. Inglehart 1977) haben, eher dazu tendieren, populistische Parteien zu wählen. Die Entstehung und den Erfolg populistischer Parteien führen die Autoren auf eine Reaktion auf eine Vielzahl kultureller Neuerungen zurück, die Bürger mit traditionellen Werten erschüttern. Variablen, die sich auf kontroverse Themen wie Migration, klassische Geschlechterrollen oder nationalistische sowie fremdenfeindliche Aussagen beziehen, haben demnach eine hohe Erklärungskraft für die Wahl populistischer Parteien. Ältere und weniger gebildete Befragte tendieren ebenfalls eher dazu, populistische Parteien zu

² Die Studie geht auf Überlegungen aus Ingleharts „The Silent Revolution“ (1977) zurück. Die theoretischen Annahmen werden in Kapitel 3.2.1 näher erläutert.

wählen als jüngere und gebildete Befragte (Inglehart/Norris 2016: 26ff). Neben diesen Resultaten entwickeln die Autoren eine ideologische Klassifizierung von 268 Parteien in 31 europäischen Staaten mit dem Ziel, populistische Parteien in Abgrenzung zu nicht-populistischen Parteien darzustellen. Die Parteien werden dabei auf zwei Skalen, kulturelle Werte (kosmopolitischer Liberalismus bis Populismus) und ökonomische Werte (links bis rechts), eingeordnet (Inglehart/Norris 2016: 19ff.). Die dort entwickelte Skala lässt sich aufgrund des transparenten Vorgehens der Autoren gut auf andere Parteien übertragen und wird auch der Klassifizierung der polnischen Parteien in dieser Arbeit zugrunde gelegt.

Auffällig ist, dass in vielen Studien, die als europäischer Ländervergleich angelegt sind, nur ein mittel- oder osteuropäischer Staat in der Fallauswahl berücksichtigt wird. Darauf aufbauend werden häufig Rückschlüsse auf das Wahlverhalten in Mittel- und Osteuropa als Ganzes gezogen. Aufgrund der großen Unterschiede zwischen den Staaten in dieser Region ist es jedoch schwierig, nur mittels der Ergebnisse eines Staates allgemeingültige Ergebnisse für die ganze Region zu formulieren. Vielmehr sollte der länderspezifische Kontext in die Konzeption des Modells integriert werden.

Eine der wenigen Studien, die sich auf Wahlverhalten populistischer Parteien in Osteuropa bezieht, stammt von Jens Rydgren (2011). In seiner empirischen Analyse untersucht er den Zusammenhang zwischen der Zivilgesellschaft in post-kommunistischen Staaten und der Wahl rechtspopulistischer Parteien. Seine Fallauswahl schließt Polen, Rumänien, Russland und die Slowakei ein. Entgegen seiner Annahme haben Variablen wie die Beteiligung in Organisationen oder Vereinen, soziales Vertrauen oder soziale Isolation keine große Erklärungskraft für die Wahl populistischer Parteien. Darüber hinaus zeigt ein Vergleich mit westeuropäischen Staaten, dass durchaus Unterschiede in den Ergebnissen existieren und es deshalb auch in anderen Studien wichtig ist, den mittel- und osteuropäischen Kontext einzubeziehen.

Außerdem gibt es einige Einzelfallstudien, die sich auf mittel- und osteuropäische Staaten beziehen. Stanley (2011) untersucht den Zusammenhang zwischen populistischen Einstellungen und der Parteipräferenz beziehungsweise der Wahl populistischer Parteien bei den slowakischen Parlamentswahlen 2010. Dabei hat er herausgefunden, dass Einstellungen zu nationalen und ökonomischen Sachfragen einen größeren Einfluss auf die Wahl populistischer Parteien haben als populistische Einstellungen per se. Die Ergebnisse in Bezug auf populistische Einstellungen waren nicht signifikant. Er führt dies auf die Tatsache zurück, dass die populistischen Parteien

zum Zeitpunkt der Wahl in Regierungsverantwortung waren und deshalb ihre Anti-Establishment Rhetorik nicht vollends ausschöpfen konnten. Außerdem stellt er die Validität der Items in Frage, da diese Populismus möglicherweise nicht vollständig abgebildet haben. Dennoch konnte Stanley erstmals ein Messinstrument zu populistischen Einstellungen in Mittel- und Osteuropa testen und auf Basis dessen eine Studie durchführen (Stanley 2011: 269).

Im Gegensatz zu den bisher vorgestellten Studien erstellen Elchardus und Spruyt (2012) einen umfassenderen Ansatz, in dem theoretische Annahmen mehrerer Modelle vereint werden. Die Autoren bilden Populismus durch vier Items³ ab und stellen diese in einen Zusammenhang mit folgenden Variablen: ökonomische Situation, Zufriedenheit mit dem Leben, Anomie, relative Deprivation, das Gefühl, ungerecht behandelt zu werden und eine Unterscheidung zwischen autoritären Einstellungen und Populismus. Da die Autoren die Umfrage nur in Flandern durchgeführt haben, ist es schwierig, allgemeingültige Aussagen zu treffen. Zudem wird die Validität des Messinstruments durch andere Autoren kritisiert (vgl. Akkerman et al. 2014). Die sehr hohe Zustimmung zu den populistischen Items legt diese Vermutung nahe. Dennoch ist die Verbindung unterschiedlicher Ansätze in diesem Ausmaß neu im Forschungsbereich.

Das Research Design von Akkerman et al. (2014) basiert auf Überlegungen vorheriger Studien und versucht, die Kritik an diesen umzusetzen. Einerseits wird die Validität des Messinstruments verbessert. Andererseits werden alle Dimensionen des Phänomens Populismus abgebildet, um nicht nur ausschließlich Anti-Establishment Ressentiments zu messen. Im Gegensatz zu Stanley können die Autoren einen Zusammenhang zwischen populistischen Einstellungen und der Absicht, populistische Parteien zu wählen, nachweisen. Das Ergebnis bezieht sich sowohl auf rechtspopulistische als auch auf linkspopulistische Parteien des niederländischen Parteienspektrums. Darüber hinaus bringen die Autoren populistische Einstellungen in Verbindung mit Einstellungen zu Pluralismus und Elitarismus. Wähler der linkspopulistischen Parteien sind laut dieser Studie eher dazu bereit, sich die Meinungen anderer anzuhören als Wähler rechtspopulistischer Parteien.

³ Die Items von Elchardus und Spruyt lauten wie folgt:

- (1) The opinion of average man or women in the street is more worthy than the opinion of experts or politicians.
- (2) Politicians should listen more to the problems of the people.
- (3) Ministers should sit less in their offices and spend more time with the average people.
- (4) Those who have studied or a long time have lots of diplomas, but they do not know how the world really works.

In fast allen Studien tritt das Problem auf, Populismus adäquat abzubilden. Die eigens für die Analysen erstellten Messinstrumente weisen teilweise Schwächen auf, weshalb die Ergebnisse keine umfassenden Aussagen zulassen. Darüber hinaus ist die Anzahl der Studien, die Wahlforschung und Populismus verbinden, begrenzt. Problematisch ist außerdem die Forschungslücke in Bezug auf Mittel- und Osteuropa. Die Fragestellung dieser Arbeit setzt genau an diesen Punkten an und versucht, den Erfolg der populistischen Partei PiS in Polen mit einem länderspezifischen Modell der Wahlentscheidung zu erklären.

3. Erklärungsansätze der Wahlentscheidung

Die Entwicklung eines Modells zur Erklärung der Wahlentscheidung für die Partei PiS erfolgt in vier Schritten. Zunächst wird als Basis ein allgemeines Modell der Wahlentscheidung vorgestellt. In dieser Arbeit wird der sozialpsychologische Ansatz von Campbell et al. verwendet, da sich dieser in einer Vielzahl von Wahlstudien bewährt hat und den Blick auf Determinanten der individuellen Wahlentscheidung lenkt, die im Zentrum der Analyse dieser Arbeit stehen. Andererseits ist das Modell so flexibel, dass andere Variablen, die das Wahlverhalten beeinflussen, sinnvoll eingebaut werden können. Im Anschluss wird näher auf verschiedene Erklärungsansätze zur Wahlentscheidung für rechtsextreme Parteien eingegangen, die sich in der Wahlforschung etabliert haben. Zur Darstellung wird auf eine Übersicht unterschiedlicher Theorietypen von Jürgen Winkler zurückgegriffen. Die Logik der verschiedenen Ansätze ist in vielen Punkten auf populistische Parteien übertragbar. Auf die Gemeinsamkeiten und Möglichkeiten der Anwendung der Modelle für die Beantwortung der zugrundeliegenden Fragestellung wird in den zugehörigen Unterkapiteln explizit eingegangen. Im Anschluss werden verschiedene Aspekte der Globalisierung bzw. der europäischen Integration thematisiert. Diese Überlegungen gehen über die etablierten Modelle der Wahlforschung hinaus und werden deshalb in einem eigenen Unterkapitel dargestellt. In einem letzten Schritt wird ein neues Modell der Wahlentscheidung für die Partei PiS entwickelt. Dies setzt sich insofern von vorhandenen Modellen ab, als dem länderspezifischen Kontext besondere Beachtung geschenkt wird. Die Problematik der Anwendung bereits existierender Modelle, die vor allem auf Basis von Überlegungen über westliche Demokratien entstanden sind, kann somit umgangen werden. Ein explizit auf Polen zugeschnittenes Modell sollte bessere

Aussagen über das Wahlverhalten und die Unterstützung populistischer Parteien in Polen zulassen.

3.1 Der sozialpsychologische Erklärungsansatz als allgemeines Modell der Wahlentscheidung

Der sozialpsychologische Ansatz entstand in den 1950er Jahren an der University of Michigan in Ann Arbor, weshalb er auch als Ann Arbor-Modell oder Michigan-Modell bezeichnet wird. Ab 1940 wurden in der amerikanischen Umfrageforschung die ersten umfassenden Wahlstudien durchgeführt. Zwei der wichtigsten Studien sind „The Voter Decides“ (1954) und „The American Voter“ (1960). Beide Werke stammen von einem Forschungsteam um den Sozialpsychologen Angus Campbell. Der darauf basierende Ansatz versucht, Wahlverhalten mit Hilfe von Einstellungen⁴ zu erklären.

Das sozialpsychologische Modell stellte eine Alternative zum sozialstrukturellen Ansatz von Lazarsfeld et al. dar. Dieser versucht, Wahlverhalten mittels der Mitgliedschaft in sozialen Gruppen zu erklären. Der Fokus liegt hierbei auf Interaktionen von Individuen mit ihrem näheren sozialen Umfeld sowie der sozialen Kontrolle ihrer Gruppe und Erwartungen der Gruppe, die an das Individuum gestellt werden (s. Lazarsfeld et al. 1944). Im Gegensatz dazu gehen Campbell et al. auf die individuelle Wahlentscheidung des Bürgers ein und versuchen, von den Einstellungen der Bürger auf deren Verhalten bei Wahlentscheidungen zu schließen.

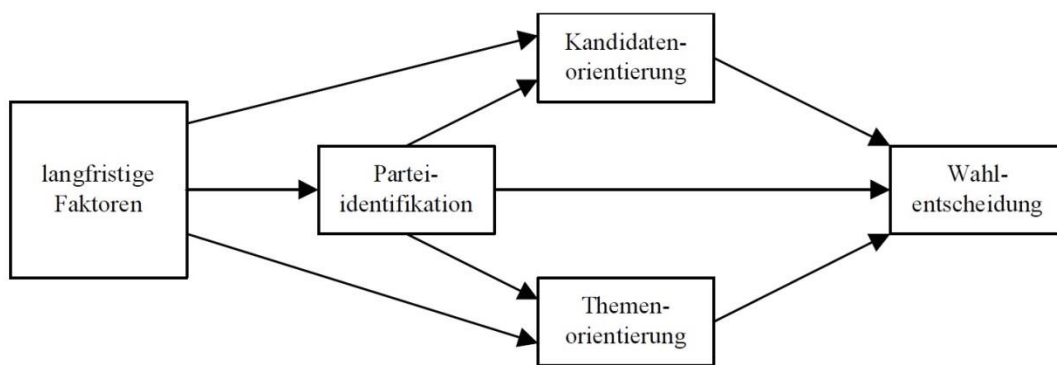
Das ursprüngliche Modell von Campbell et al. aus „The Voter Decides“ wurde aufgrund einer fehlenden Einbeziehung soziologischer Variablen und der gleichberechtigten Behandlung der drei Einstellungsobjekte kritisiert. Dem Forschungsteam wurde vorgeworfen, den gesellschaftlichen Kontext der Wahlentscheidung außen vor zu lassen und die Wahlentscheidung nur auf Faktoren zurückzuführen, die zu stark mit der Wahl selbst verknüpft sind. Aus diesem Grund wurden einige theoretische Annahmen in „The American Voter“ modifiziert. Die folgende Darstellung bezieht sich auf das modifizierte Modell von 1960.

Wie in Abbildung 1 dargestellt, wird die Wahlentscheidung hauptsächlich von drei politischen Einstellungen bedingt. Diese sind die Parteiidentifikation sowie Einstellungen gegenüber Kandidaten und politischen Sachthemen. Die

⁴ Der Begriff der Einstellung wird in der Forschung breit diskutiert. Kai Arzheimer (2008: 63) definiert den Begriff folgendermaßen: „Als (politische) ‚Einstellungen‘ sollen (-) relativ stabile psychische Zustände von Bürgern bezeichnet werden, die diese dazu disponieren, in bestimmter Weise auf (politische) Objekte zu reagieren“. Demnach ist eine Einstellung als eine Tendenz zu verstehen, in bewertender Weise, negativ oder positiv, auf ein bestimmtes Einstellungsobjekt zu reagieren. Die Richtung und Intensität der Einstellung kann je nach Person variieren. Im Unterschied zu Stimmungen sind Einstellungen dauerhaft und objektbezogen (Arzheimer 2008: 60-63).

Parteiidentifikation wird als Faktor verstanden, der langfristig wirkt, wohingegen die Kandidaten- und Issue-Orientierung kurzfristig bedingt sind. Im sozialpsychologischen Ansatz spielt neben den drei Faktoren auch die Auseinandersetzung des Individuums mit seiner Umwelt eine zentrale Rolle. Somit können sich auch andere Faktoren auf die Wahlentscheidung auswirken, indem sie die Herausbildung von Einstellungen beeinflussen. Da die Einstellungen teilweise weniger stabil sind als die Einflussfaktoren aus vorherigen Erklärungsmodellen (z.B. die Mitgliedschaft in einer sozialen Gruppe), können kurzfristige Veränderungen der Wahlentscheidung mit diesem Modell besser erklärt werden (Arzheimer 2008: 63f.).

Abbildung 1: Der sozialpsychologische Ansatz von Campbell et al.



Quelle: Arzheimer (2008: 65)

Die Parteiidentifikation meint „the individual’s affective orientation to an important group-object in his environment. (...) the political party serves as the group toward which the individual may develop an identification, positive or negative, of some degree of intensity“ (Campbell et al. 1960: 121f.). Parteien werden demnach als Einstellungsobjekte verstanden. Die Parteiidentifikation wird als negative oder positive Orientierung des Individuums einer Partei gegenüber verstanden. Allerdings konzentriert sich die Parteiidentifikation eher auf positive Orientierungen gegenüber Parteien und weniger auf negative. Mit der Identifikation ist weniger eine formale Mitgliedschaft in einer Partei gemeint, sondern vielmehr ein Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Partei als Bezugsgruppe. Campbell et al. (1960: 295) bezeichnen dies als „a form of psychological membership“. Die Bindung kommt durch die subjektive Wahrnehmung äußerer Einflüsse zustande und wird langfristig während der

Sozialisation des Individuums erworben. Sie ist das Ergebnis aller Ereignisse im Leben eines Individuums, die das Verhältnis zu einer Partei geprägt haben. Aus diesem Grund wird sie als langfristige und stabile Komponente betrachtet. Darüber hinaus nehmen Campbell et al. an, dass ein Individuum politische Informationen, je nach Parteiidentifikation, gefärbt wahrnimmt. Somit wirkt sie auf kurzfristige Einstellungen der Kandidaten und Sachfragenorientierung als WahrnehmungsfILTER. Die Parteiidentifikation nimmt demnach sowohl direkt als auch indirekt über Färbungseffekte Einfluss auf die Wahlentscheidung. Folglich ist sie den kurzfristig beeinflussten Einstellungen gegenüber Kandidaten oder Sachfragen zeitlich und kausal vorgelagert (Campbell et al. 1960: 121ff.).

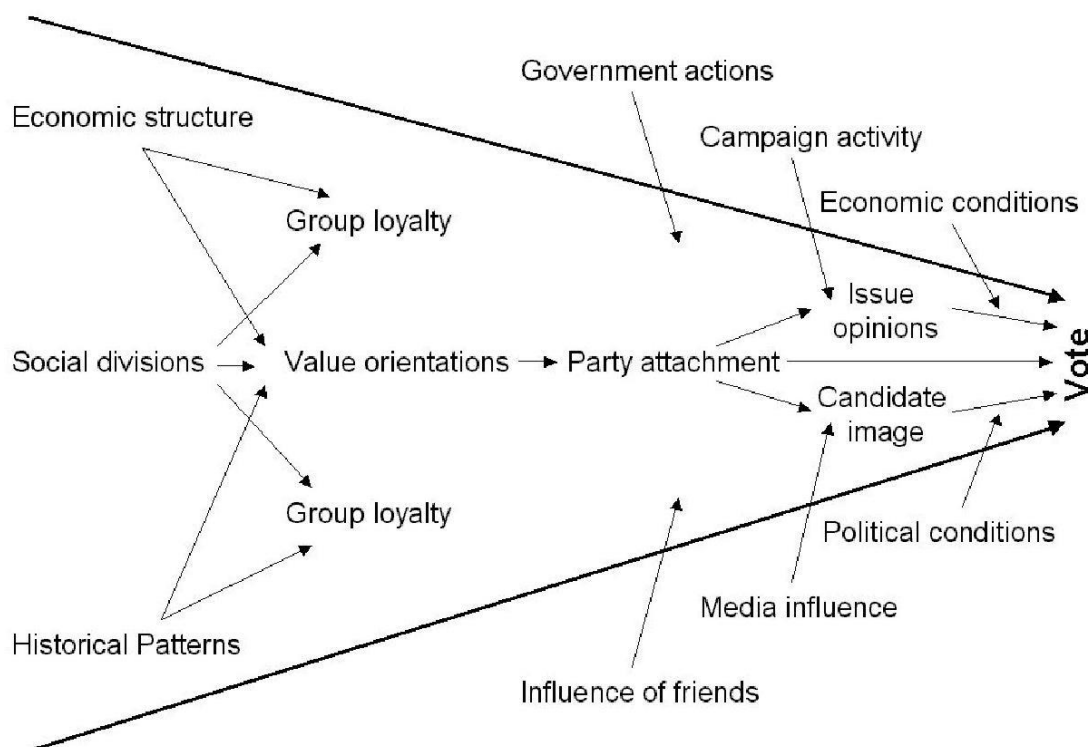
Die Einstellung zu Sachfragen nimmt Bezug auf das inhaltliche Angebot der Parteien und Kandidaten zu politischen Themen. Das Individuum kann sich sowohl auf in der Vergangenheit erbrachte als auch auf in der Zukunft erwartete Leistungen beziehen. Zu unterscheiden sind hierbei Positions- und Valenzthemen. Letztere bezeichnen Themen, über deren Relevanz in der Gesellschaft weitgehend Konsens herrscht, während streitbar ist, auf welche Weise eine Lösung geschaffen werden kann. Beispiele für Valenzthemen sind die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder die Sicherung von Frieden. Dass es sich hierbei um relevante Inhalte handelt, die politische Maßnahmen zur Verbesserung der Situation bedürfen, ist unumstritten. Zur Lösung des Problems bieten die Parteien jedoch unterschiedliche Lösungsansätze. Im Gegensatz dazu handelt es sich bei Positionsthemen um grundsätzlich kontroverse Inhalte. Bei diesen polarisierenden Zielen und Maßnahmen können sich Parteien mittels konkurrierender Positionen voneinander abgrenzen. Als Beispiel können an dieser Stelle Auslandseinsätze des Militärs oder speziell auf Polen zugeschnitten der Umgang mit Gleichstellungs- oder Abtreibungsgesetzen genannt werden. Dabei gilt: Je wichtiger das Thema für das Individuum ist, desto mehr fällt es bei der Wahlentscheidung ins Gewicht (Campbell et al. 1960: 169-178).

Die Kandidatenorientierung meint die Einstellungen der Individuen gegenüber den persönlichen Merkmalen der Kandidaten, wobei sowohl politische als auch unpolitische Qualitäten Einfluss nehmen können. Inhalte, die von einzelnen Akteuren oder deren Parteien vertreten werden, werden hierbei ausgeblendet. Vielmehr stehen äußere Faktoren wie die persönliche Ausstrahlung, physische Attraktivität oder politische Kompetenzen wie Führungsqualitäten, Problemlösungskompetenz, Glaubwürdigkeit und Integrität im Zentrum der Bewertung (Campbell et al. 1960: 42-63). Andererseits

kann sich auch die Rolle des Kandidaten im politischen Leben auf die Bewertung auswirken, wobei ein genereller Respekt gegenüber dem politischen Amt sowie ein besserer Zugang zu Informationen über die Person eine Rolle spielen können (Schoen/Weins 2014: 247).

Es wird darüber hinaus angenommen, dass alle Einflussfaktoren zusammenwirken. Dies beschreiben die Autoren durch den „funnel of causality“ (Campbell et al. 1960: 24). Da dies nicht in einem der Werke von Campbell et al. grafisch dargestellt wurde, wird auf eine Darstellung von Dalton zurückgegriffen (s. Abbildung 2). Dieser Kausalitätstrichter integriert diverse Faktoren, die in der Vergangenheit und Gegenwart, direkt oder indirekt, auf die Herausbildung von Einstellungen, die die Wahlentscheidung betreffen, Einfluss genommen haben. Unterschieden wird außerdem in lang-, mittel- und kurzfristige Einflussfaktoren. Der Trichter wird aufgrund der zunehmenden Anzahl an Einflussfaktoren immer breiter, je weiter man in die Vergangenheit blickt. Demnach repräsentiert er eine zeitliche Abfolge. Die Wahlentscheidung ist letztlich das Resultat der verschiedenen Einstellungen, die auf Basis der diversen Faktoren zustande kommen (Campbell et al. 1960: 24ff.).

Abbildung 2: Kausalitätstrichter im Modell von Campbell et al.



Quelle: Dalton 1988: 178

Laut Campbell et al. steigt die Wahrscheinlichkeit der Wahlentscheidung für eine Partei, wenn alle drei Einstellungen kongruent sind. Je homogener die Einstellungen bezüglich der Parteiidentifikation, der Kandidaten und der Sachfragen sind, desto wahrscheinlicher wird eine entsprechende Wahlentscheidung. Bei divergierenden Einstellungen lässt sich das Wahlverhalten hingegen nicht eindeutig voraussagen. Die zentrale Stellung der Parteiidentifikation macht jedoch in diesem Fall die Wahl der Identifikationspartei wahrscheinlicher. Das Zusammenspiel der drei Faktoren ist jedoch zentral für die Erklärung einer Wahlentscheidung.

3.2 Erklärungsansätze zur Wahlentscheidung rechtsextremer Parteien

Da die Forschungsliteratur über die Wahl populistischer Parteien noch nicht so weit fortgeschritten ist wie über die Wahl rechtsextremer Parteien, wird in dieser Arbeit auf eine Übersicht verschiedener Modellgruppen, die sich mit der Wahl rechtsextremer Parteien beschäftigt, zurückgegriffen. Die grundlegenden Ideen sind auf populistische Parteien übertragbar, da beide Gruppen ähnliche Merkmale aufweisen. Dies ist vor allem daran erkennbar, dass die Ideen aus den Ansätzen zur Wahl rechtsextremer Parteien den Studien über Populismus und Wahlverhalten in der Vergangenheit bereits häufig zugrunde gelegt wurden. Dennoch werden die unterschiedlichen Modelle jeweils dahingehend überprüft, ob sie tatsächlich auf die Wahl populistischer Parteien anwendbar sind. Dabei soll der Kontext von PiS besonders berücksichtigt werden. Außerdem wird überprüft, ob und inwiefern sich die Modelle in das allgemeine Modell von Campbell et al. integrieren lassen. Beide Aspekte sind unabdingbar, damit garantiert werden kann, dass die Überlegungen im nächsten Schritt in die Entwicklung des eigenen Modells zur Erklärung der Wahlentscheidung für PiS aufgenommen werden können.

Die Anzahl der Modelle zur Wahlentscheidung rechtsextremer Parteien in der Forschungsliteratur ist kaum überschaubar. Die folgende Darstellung orientiert sich an der Einteilung der Ansätze in vier übergeordnete Typen nach Jürgen Winkler (1996), die 2008 in einer Studie von Kai Arzheimer aktualisiert wurde. Es handelt sich um folgende Gruppen: Persönlichkeitsmerkmale, Soziale Integration, Ungleichgewichtszustände und Wirkungen der politischen Kultur.

3.2.1 Theorien zu Persönlichkeitsmerkmalen

Ansätze, die sich auf Persönlichkeitsmerkmale beziehen, stellen einen Zusammenhang zwischen bestimmten Wertorientierungen und der Unterstützung rechtsextremer

Parteien her. Dahinter steckt die Überlegung, dass Bewertungen von Objekten durch eine konstante Größe entstehen, die in der Persönlichkeitsstruktur des Individuums verwurzelt ist. Im Zentrum stehen beispielsweise Überlegungen zum Autoritarismus oder Dogmatismus (Winkler 1996: 28ff.). Beim Autoritarismus wird davon ausgegangen, dass Personen mit bestimmten Charakterzügen, beispielsweise einer autoritären Persönlichkeitsstruktur, anfälliger dafür sind, sich von Parteien angezogen zu fühlen, die angeben, ihre Bedürfnisse befriedigen zu können. Die familiäre Sozialisation und vor allem der Erziehungsstil der Eltern sind bei diesem Ansatz von zentraler Bedeutung bei der Herausbildung entsprechender Persönlichkeitsmerkmale (vgl. Adorno et al. 1950). Eine andere etablierte Theorie dieses Typs von Milton Rokeach thematisiert Dogmatismus und geht davon aus, dass Personen mit einem geringen Maß an Offenheit weniger dazu in der Lage sind, neue Informationen objektiv wahrzunehmen. Solche Personen tendieren eher dazu, sich an vorgefertigten Meinungen und Normen zu orientieren. Im Gegensatz dazu sind Personen, die als undogmatisch gelten, eher dazu in der Lage, Informationen selbstständig zu bewerten und einzuordnen. Bei diesem Konzept spielt der Aspekt der Sozialisation nur eine untergeordnete Rolle (vgl. Rokeach 1960). Laut Arzheimer (2008: 81) lassen sich die Ansätze von Adorno et al. und Rokeach leicht mit dem Modell von Campbell et al. verbinden. Persönlichkeitsmerkmale können dabei als Faktoren eingeordnet werden, die der Parteiidentifikation sowie den Einstellungen zu Kandidaten und Sachfragen kausal vorgelagert sind und somit Einfluss auf die Herausbildung dieser Einstellungen nehmen. Die in Kapitel 2.3 vorgestellte Studie von Bakker et al. (2016) überträgt die Überlegungen zu Persönlichkeitsmerkmalen auf die Wahl populistischer Parteien, wobei ein Zusammenhang zwischen Verträglichkeit als Persönlichkeitsmerkmal und der Anti-Establishment Haltung der populistischen Parteien hergestellt wird.

Der ersten Gruppe werden ebenfalls Modelle zugeordnet, die Wertorientierungen ins Zentrum stellen. Die Persönlichkeitsstruktur ist in diesem Fall über Wertprioritäten definiert. Diese prägen die Wahrnehmung der Umwelt und bestimmen, welches Mittel als adäquat zum Erreichen eines Ziels betrachtet wird. So werden Handlungen entweder als legitim oder als illegitim eingeschätzt. Eine zentrale Studie dieser Denkrichtung ist Ingleharts „The Silent Revolution“ von 1977. Der Autor geht davon aus, dass Einstellungen sich in einer Materialismus-Postmaterialismus-Dimension einordnen lassen. Materialistische Werte sind sicherheits- und ordnungsbezogene Werte, wohingegen beispielsweise Toleranz gegenüber Minderheiten oder Freiheit der

Meinungsäußerung den postmaterialistischen Werten zugeordnet werden. Die jeweiligen Wertorientierungen beeinflussen letztlich das politische Handeln des Individuums. Ignazi (1992) entwickelt den Gedanken weiter und geht davon aus, dass eine materialistische Persönlichkeitsstruktur mit der Herausbildung rechtsextremer Einstellungen einhergeht (Winkler 1996: 30).

Auch diese Ansätze lassen sich leicht mit dem Modell von Campbell et al. verbinden, da hier bereits von einem „(indirekten) Einfluß von Wertorientierungen auf die Wahlentscheidung“ (Arzheimer 2008: 83) ausgegangen wird. Die theoretischen Annahmen finden sich auch in der in Kapitel 2.3 vorgestellten Studie von Inglehart und Norris (2016) im Zusammenhang mit populistischen Parteien wieder, wobei die Unterstützung populistischer Parteien als Teil der Gegenreaktion gegen den postmaterialistischen Wertewandel zu verstehen ist.

3.2.2 Theorien zu Ungleichgewichtszuständen

Die zweite Gruppe fasst Ansätze zusammen, die Ungleichgewichtszustände zwischen sozialen Gruppen thematisieren. Dabei geht es um subjektive Wahrnehmungen von Individuen bezüglich der Stellung ihrer eigenen sozialen Gruppe in der Gesellschaft in Relation zu anderen sozialen Gruppen. Zusammengefasst werden unter diesem Typ Theorien, die sich mit Themen wie „Ungleichheit, Unzufriedenheit, Statuspolitik, Deprivation, Frustration, Modernisierungsverlierer usw.“ (Winkler 1996: 33) beschäftigen. Die zugrundeliegende Annahme ist, dass Individuen, die ihre Position in der Gesellschaft als gefährdet betrachten, dazu tendieren, rechtsextreme Parteien zu unterstützen. Der Grund liegt darin, dass der erwünschte Soll-Zustand nicht mit dem Ist-Zustand des Individuums übereinstimmt. Befindet sich ein Großteil der Bevölkerung in einem Status, der in der Realität niedriger ist als der gewünschte, nimmt der Erfolg rechtsextremer Bewegungen und Systeme zu (Winkler 1996: 33).

Im Fokus kann beispielsweise eine Konkurrenzsituation um knappe Ressourcen zwischen sozialen Gruppen stehen, die zu negativen Gefühlen gegenüber den Fremdgruppen führen. Die Idee der Wahrung oder Verbesserung eines sozialen Status, der durch Einwanderung oder andere gesellschaftliche Umschichtungen gefährdet werden könnte, gehört ebenfalls zu diesem Typ der Erklärungsversuche. Dabei ist eine Entwicklung vom offenen Rassismus hin zu einer Diskriminierung aufgrund von allgemein formulierten Normen und Werturteilen erkennbar. Die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe per se verliert an Relevanz (Arzheimer 2008: 88ff.).

Das Gefühl von Deprivation spielt ebenfalls eine Rolle, wenn der Soll-Zustand, den das Individuum anstrebt, nicht mit seinem Ist-Zustand übereinstimmt. Dies kann der Fall in Phasen des ökonomischen Wandels sein. Passen sich die Ansprüche des Individuums während eines wirtschaftlichen Abschwungs nicht schnell genug an, entsteht das Gefühl von Unzufriedenheit. Dabei werden zwei Typen unterschieden: Egoistische Deprivation liegt dann vor, wenn sich ein Gruppenmitglied im Vergleich zu den anderen Mitgliedern der Gruppe benachteiligt fühlt. Im Gegensatz dazu liegt eine fraternalistische Deprivation dann vor, wenn ein Gruppenmitglied das Gefühl entwickelt, dass die Gruppe als Ganze benachteiligt wird. Die negative Bewertung der eigenen Situation wird häufig für den Erfolg rechtsextremer Gruppen verantwortlich gemacht. Diese versuchen besonders in Phasen des Umschwungs, Wähler mit nationalpopulistischen Themen zu mobilisieren, indem sie vorgeben, den Status bestimmter Bevölkerungsgruppen bewahren und unterer Bevölkerungsschichten anheben zu wollen. Gleichzeitig werden Immigrationsprozesse und ethnische Konflikte thematisiert, denen eine statusbedrohende Bedeutung zukommt (Winkler 1996: 35ff.).

Die Annahmen, die diesem Typ zugrunde liegen, haben eine besondere Relevanz für die Wahl populistischer Parteien. Die Thematisierung des Status bestimmter Bevölkerungsgruppen, vor allem des landwirtschaftlichen Sektors und unterer Bevölkerungsschichten, und die Abgrenzung von Fremdgruppen durch PiS hat im Wahlkampf eine zentrale Rolle gespielt. Die Ablehnung von Migranten und Flüchtlingen und das Schüren von Ängsten vor diesen Gruppen lassen sich ebenfalls in Verbindung mit den dargestellten Ansätzen bringen. Die in Kapitel 2.3 vorgestellte Studie von Anduiza und Rico (2016) greift die Überlegungen zu Ungleichgewichtszuständen auf. Die Autoren versuchen, die Herausbildung populistischer Einstellungen auf ein Gefühl von Deprivation bei den Individuen zurückzuführen.

3.2.3 Theorien zur Integration in die Gesellschaft

Die Modelle der dritten Gruppe nehmen Bezug auf soziale Integration. Die Idee geht auf das Konzept der Anomie zurück. Demnach „fehlt Menschen, die nur unzureichend in soziale Gruppen integriert sind, das Gefühl der Verbindlichkeit sozialer Normen. Deshalb tendieren sie dazu, abweichendes Verhalten zu zeigen“ (Arzheimer 2008: 86). Desintegration führt bei Individuen zu Unsicherheit, die wiederum entweder in Passivität oder in Angst beziehungsweise Aggression resultieren kann. Diese Gefühle

werden häufig auf andere Objekte projiziert. In den zugehörigen Modellen wird davon ausgegangen, dass rechtsextreme Gruppierungen mit autoritärer Führung auf nicht integrierte Personen eine große Anziehung ausüben (Winkler 1996: 37-40). Aufgrund der bereits vorhandenen Überlegungen zu sozio-demografischen Variablen als Einflussfaktoren im Modell von Campbell et al., die „als Indikatoren für soziale Integration zu betrachten sind“ (Arzheimer 2008: 87), können Ansätze der sozialen Integration leicht in das Modell aufgenommen werden.

Die in Kapitel 2.3 vorgestellte Studie von Rydgren (2011) nimmt Bezug auf diese Überlegungen und untersucht den Zusammenhang zwischen sozialer Integration und populistischen Einstellungen. Ähnlich wie in vielen Studien zu rechtsextremen Parteien kann auch Rydgren keine empirischen Belege für die Gültigkeit der Überlegungen in Bezug auf populistische Parteien finden.

3.2.4 Theorien zur Wirkung politischer Kultur

Die vierte Gruppe bezieht sich auf Modelle, die einen Zusammenhang zwischen den Wirkungen der politischen Kultur und der Herausbildung rechtsextremer Einstellungen herstellen. Die politische Kultur gilt dabei als Rahmenbedingung für Sozialisationsprozesse und somit auch für die Herausbildung von Einstellungen. Einerseits können die politischen Rahmenbedingungen die Mobilisierungschancen der rechtsextremen Parteien erhöhen. Andererseits kann die politische Kultur direkten Einfluss auf die Wahlentscheidung der Bürger nehmen. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn große Parteien sich ideologisch annähern und dadurch die Kritik der rechtsextremen Parteien an den etablierten Parteien begünstigt wird. Als kurzfristige Faktoren können beispielsweise auch die Arbeitslosenquote oder der Anteil an Immigranten an der Gesamtbevölkerung einen exogenen Einfluss auf die Herausbildung von Einstellungen nehmen (Winkler 1996: 41-44). Da ein Großteil der Faktoren auf der Makroebene angesiedelt ist, werden diese Überlegungen keine Rolle für die Analyse dieser Arbeit spielen.

3.3 Neue Konfliktlinie: Globalisierung

„Globalization [...] tends to invert the century-long experience of European nation-states“ (Kriesi et al. 2013: 3). Die zunehmende ökonomische, kulturelle und politische Globalisierung resultiert in einer Erweiterung und Intensivierung regionaler, nationaler oder globaler Interdependenzen über die Grenzen der Nationalstaaten hinweg. Dieser Prozess kann auch als Denationalisierung bezeichnet werden. Die direkten

Konsequenzen des Prozesses wirken sich nicht nur auf die Autoritäten, sondern auch auf die Bürger aus. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn die Entscheidungen anderer Staaten oder übergeordneter Institutionen, deren Mitglied der Nationalstaat ist, einen direkten Einfluss auf das Leben der Bürger haben. Darüber hinaus sind Bürger auch von Veränderungen des politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Umfelds betroffen, die sich aufgrund der Globalisierung ergeben.

Im europäischen Kontext, so auch im Fall von Polen, bedeutet Globalisierung vorwiegend europäische Integration. „The process of European integration can be described as the process of forming a supranational state, which goes beyond the common intergouvernementalism, even if the EU has not yet reached the character of a completely autonomous state” (Kriesi et al. 2013: 6). Die Europäisierung geht einher mit der Verlagerung der Kompetenzen von der nationalstaatlichen auf die EU-Ebene. Die Entscheidungen, die auf EU-Ebene getroffen werden, sind bindend für die Mitgliedsstaaten und beeinflussen die nationale Politik. Mit einer zunehmenden europäischen Integration wird das Repertoire nationaler Regierungen eingeschränkt. Als Konsequenz ergibt sich ein Legitimitätsproblem, da die Regierungen nicht mehr nur noch solche Entscheidungen treffen können, die Vorteile für den Nationalstaat haben. Vielmehr müssen alle Maßnahmen mit dem europäischen bzw. internationalen Recht vereinbar sein (Bornschier 2010: 27).

Populistische Parteien nutzen diese Situation, um sich für mehr nationale Politik und gegen die Verpflichtungen gegenüber der EU auszusprechen. Mit dieser Positionierung mobilisieren sie Wähler und geben vor, dass andere Parteien die Bedürfnisse der Wähler nicht mehr befriedigen können. Die Bevölkerung lässt sich mit Blick auf die europäische Integration in zwei Gruppen mit unterschiedlichen Wertvorstellungen unterteilen. Dabei handelt es sich um „an opposition between libertarian-universalistic and traditionalist-communitarian values“ (Bornschier 2010: 29). Die Individuen, die an einem traditionalistischen Gesellschaftskonzept festhalten, fühlen sich von der europäischen Integration bedroht, da die Souveränität des Nationalstaats und die Autonomie der nationalen Bevölkerung eingeschränkt werden. Demgegenüber stehen die Individuen, die sich mit der neuen europäischen Gemeinschaft identifizieren und diese befürworten. Laut Kriesi et al. (2008: 31) haben die Einstellungen gegenüber der EU tiefe Wurzeln, die in der Kultur verankert sind: „The European’s attitudes and opinions with respect to the EU are shaped by cultural repertoires which, in turn, are rooted in their national histories and their collective experience“. Demnach entsteht die

Einstellung gegenüber der EU nicht nur in Bezug auf ökonomische Faktoren, wie häufig angenommen wird. Das kulturelle Erbe spielt eine zentrale Rolle bei der Herausbildung von Einstellungen gegenüber der EU. Die kulturellen Bedingungen eines Staates haben folglich Potenzial für die Herausbildung einer neuen Konfliktlinie, die Bürger in Gewinner und Verlierer des Prozesses der Denationalisierung einteilt (Kriesi et al. 2008: 31ff.).

Diese neue Konfliktlinie wurde in den vorherigen Studien zur Wahl populistischer Parteien nicht beachtet. Der Einfluss der Globalisierung bzw. Europäisierung sollte jedoch im polnischen Kontext von besonderer Relevanz sein. Ein erster Indikator ist die Priorisierung der EU-Thematik im Wahlkampf und die gegensätzliche Positionierung der Parteien in Bezug auf eine Vertiefung der europäischen Integration.

3.4 Entwicklung eines Modells zur Erklärung der Wahlentscheidung für die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS)

Anhand des allgemeinen Modells von Campbell et al. sowie der in Kapitel 3.2 und 3.3 vorgestellten Überlegungen wird nun ein eigenes Modell für die Wahlentscheidung für die populistische Partei PiS in Polen erstellt. Der länderspezifische Kontext findet dabei besondere Berücksichtigung.

Die Parteiidentifikation im Sinne von Campbell et al. ist für Polen nur wenig aussagekräftig. Dies liegt zu einem Großteil daran, dass die polnische Parteienlandschaft nicht stabil ist. Durch den Systemwechsel im Jahr 1989 und das permanente Verschwinden und Entstehen von Parteien hatten die Bürger keine Gelegenheit, eine langfristige Parteibindung durch Sozialisation im Sinne von Campbell et al. zu entwickeln. Der große Erfolg neu gegründeter Parteien und das schlechte Abschneiden von etablierten Parteien in fast allen Parlamentswahlen ist ein Beleg dafür, dass das Konzept der Parteiidentifikation im Fall von Polen noch nicht zu greifen scheint. Bei einigen älteren Parteien wie der SLD oder PSL kann zwar von einer Parteiidentifikation ausgegangen werden. Dieses Konstrukt ist jedoch nur mit großen Einschränkungen auf die 2001 gegründete Partei PiS zu übertragen. Auch wenn Personen angeben, sich mit einer Partei zu identifizieren, ist fraglich, ob das von Campbell et al. formulierte theoretische Konstrukt zugrunde gelegt werden kann. Ein Blick in den Datensatz des ESS festigt diese Annahme: Nur rund ein Viertel aller Befragten gaben an, sich mit einer Partei zu identifizieren. Dies ist deutlich weniger als

der Durchschnitt in konsolidierten europäischen Parteiensystemen.⁵ Aufgrund der bereits erwähnten Überlegungen, aber auch um eine größtmögliche Fallzahl zu garantieren, wird in diesem Modell auf die Parteiidentifikation verzichtet.

Auch die Einstellungen zu Kandidaten sind in Polen teilweise schwer zu erfassen. In einigen Parteien tritt nicht derjenige Politiker als Spitzenkandidat an, der die Führung in der Partei innehat. Ein Beispiel ist die Spitzenkandidatur von Beata Szydło für PiS bei den Parlamentswahlen 2015, obwohl eindeutig Jarosław Kaczyński weiterhin die Führungspersönlichkeit in der Partei ist. Gleiches ist auch bei anderen Parteien in vorherigen Wahlen zu beobachten. Ein weiteres Problem ergibt sich durch das Umfrageinstrument, in dem die Einstellungen gegenüber Kandidaten nicht abgefragt werden. Eine Aufnahme der Kandidatenorientierung in das Modell ist demnach nicht möglich.

Die Einstellungen zur EU und zur europäischen Integration sollten für Polen von zentraler Bedeutung sein. Dieser Faktor wurde in bisherigen Studien über Populismus wenig bis überhaupt nicht beachtet. Aufgrund der zentralen Stellung, die die EU im öffentlichen Diskurs und im Wahlkampf einnimmt, sollte ihr eine besondere Berücksichtigung zukommen. Die europäische Integration wird nicht nur häufig thematisiert, sondern bewusst von den Parteien genutzt, um sich zu positionieren, sich von anderen Parteien abzugrenzen und so Bürger zu mobilisieren.

Im Vergleich zu vielen anderen EU-Mitgliedsstaaten – vor allem Staaten in Mittel- und Osteuropa – gelten die polnischen Bürger als EU-Enthusiasten. Dies zeigt sich regelmäßig in der von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebenen Meinungsumfrage „Eurobarometer“. In der aktuellsten Umfrage, die im November 2016 erhoben wurde, gaben 51% der Polen an, ein positives Bild von der EU zu haben. Damit ist Polen nach Irland (55%) der Staat, der die EU am positivsten bewertet. Insgesamt 78% aller Polen gaben an, sich als EU-Bürger zu fühlen. Dieses Ergebnis ist deutlich über dem europäischen Durchschnitt, der bei 67% liegt (Europäische Union 2016: 16, 32). Obwohl die Bürger der EU gegenüber im Allgemeinen also positiv eingestellt sind, findet PiS als EU-kritische Partei eine breite Unterstützung in der Bevölkerung. Betrachtet man die Ergebnisse des Eurobarometers in Bezug auf eine engere sektorale Zusammenarbeit genauer, fällt auf, dass die polnischen Bürger demgegenüber eher kritisch eingestellt sind. So haben sich beispielsweise nur 56% der

⁵ Zum Vergleich: Der Anteil der Bürger, die angeben, sich mit einer Partei zu identifizieren, liegt in Deutschland bei etwas über 50 Prozent, in Frankreich bei etwa 53 Prozent.

Polen für eine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik ausgesprochen, während der europäische Durchschnitt bei 69% lag (Europäische Union 2016: 28). Ein erster Erklärungsansatz besteht folglich darin, dass die Polen die EU im Allgemeinen befürworten. Eine engere Kooperation wird hingegen mit Skepsis betrachtet. Diese beiden Aspekte müssen demnach getrennt voneinander betrachtet werden. PiS artikuliert regelmäßig die Unzufriedenheit mit der EU und gab mehrmals das Versprechen, mehr Geld von der EU zu verlangen, um die ländliche Entwicklung voranzutreiben. Zudem hat sich PiS deutlich gegen eine weitere europäische Integration ausgesprochen. Als Grund gab die Partei an: „Europa sei und werde ein Europa der Nationalstaaten sein. (...) Gerade Polen, das sich in einem schwierigen und spezifischen Umfeld in Europa befindet, muss seinen Patriotismus stärken (...)“ (Vetter 2015: 7). Die liberalen Wertvorstellungen der EU spielen an dieser Stelle eine zentrale Rolle. Zudem ist eine europäische Integration für PiS gleichbedeutend mit dem Verlust nationaler Souveränität. Da Polen jedoch auf die Agrarsubventionen der EU angewiesen ist, um die Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung zu befriedigen, kritisiert PiS die EU-Mitgliedschaft an sich nicht. Dennoch macht die Partei im politischen Diskurs ihre Antihaltung deutlich und distanziert sich damit von anderen Parteien, die als EU-freundlich gelten. Somit könnte die Unterstützung der EU bzw. der europäischen Integration ein relevanter Erklärungsfaktor für die Unterstützung populistischer Parteien im Allgemeinen und PiS im Speziellen sein. Die Anti-Establishment Rhetorik von PiS kommt auch auf EU-Ebene zum Greifen. Die EU fungiert somit als Sammelbecken für die Kritik an den politischen Eliten der Staaten, die in der EU organisiert sind. Die eher kritisch eingestellten Polen, die nicht mehr Souveränität an die EU abgeben wollen, sollten demnach eher dazu tendieren, PiS zu wählen. Die Überlegungen von Kriesi et al. sind optimal auf Polen anwendbar. Die neue Konfliktlinie scheint auf die polnische Bevölkerung zuzutreffen. Auch die Überlegungen zur politischen Mobilisierung durch populistische Parteien werden durch PiS realisiert. Dementsprechend ist davon auszugehen, dass der Europäisierung im Fall von Polen eine besondere Bedeutung und eine große Erklärungskraft zukommen, die bisher noch in keiner anderen Studie berücksichtigt wurde.

Ökonomische Variablen werden ebenfalls in das Modell integriert. Dabei spielen sowohl die objektive ökonomische Situation als auch die subjektive Einschätzung eine Rolle. Die objektive Einordnung soll Aufschluss darüber geben, ob Faktoren wie Einkommen oder die primäre Quelle, aus der das Einkommen bezogen wird, einen

Einfluss auf die Unterstützung von PiS haben. Die subjektive Einschätzung bezieht sich auf theoretische Überlegungen zu Gruppenkonflikten, die aus einem ökonomischen Ungleichgewicht resultieren. Hauptsächlich soll die Dimension der Deprivation in das Modell aufgenommen werden. Die negative Bewertung der eigenen Situation könnte sich auf die Wahlentscheidung für PiS auswirken, da die Partei Wahlversprechen für die ländliche Bevölkerung und die unteren Bevölkerungsschichten formuliert hat. Damit fangen sie genau die Wähler auf, die anfällig für das Gefühl von Deprivation sind. Die Bürger, die den genannten Schichten angehören, könnten einen Ausweg aus ihrer Situation in der Stimmabgabe für PiS sehen. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass Individuen, die sich der Gruppe der Verlierer des Modernisierungsprozesses zugehörig fühlen, dazu tendieren, Gruppensolidarität zu entwickeln, den Gruppennormen konform zu handeln und sich von Mitgliedern anderer Gruppen zu distanzieren. Die Ungleichgewichtszustände zwischen sozialen Gruppen, die auf das ökonomische Ungleichgewicht zurückzuführen sind, könnten demnach einen positiven Effekt für PiS haben. Da PiS neben der Thematisierung der nationalen Souveränität einen Fokus auf die Unterstützung von Bürgern mit geringem Einkommen legt, ist davon auszugehen, dass ökonomische Faktoren im Fall von Polen ebenfalls eine relevante Erklärungskraft besitzen.

Die Überlegungen zu Wertorientierungen aus dem vorherigen Kapitel werden ebenfalls in das Modell integriert. Vor allem durch die ideologische Neuausrichtung seit 1989 kann davon ausgegangen werden, dass das Modell im Fall von Polen gut greift. Ein Faktor, der hier erneut zum Tragen kommen könnte, ist die Mitgliedschaft in der EU. Durch diese waren die polnische Regierung und die Bürger dazu gezwungen, sich relativ schnell mit westlichen Wertvorstellungen auseinanderzusetzen und diese durch verschiedene Maßnahmen umzusetzen. PiS kritisiert vor allem einige liberale Wertvorstellungen, die die EU vertritt. So wird beispielsweise der Umgang mit Flüchtlingen und Migranten als relevante Sachfrage im politischen Diskurs thematisiert. „Die Regierung und die PO zeigten sich gegenüber den Migranten sehr unentschlossen, PiS dagegen zeigte sein fremdenfeindliches Gesicht, indem sie nicht nur gegen die auferlegte Quote protestierte, sondern auch mit dem Argument des Verlustes von Arbeitsplätzen und der Bedrohung der kulturellen Identität Polens erschreckte (...)“ (Markowski 2015: 5). Die populistische Rhetorik von PiS ist in diesem Themengebiet besonders deutlich erkennbar. Die klare Positionierung von PiS zeigt die Relevanz der Thematik im polnischen Kontext. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Polen eine

ethnisch und religiös sehr homogene Bevölkerung hat. PiS versucht Ängste zu schüren und die Bürger zu mobilisieren. Dieser Gedanke findet sich auch bei Kriesi et al. in Bezug auf die supranationale Komponente wieder. Europäisierung und liberale Wertvorstellungen sind demnach eng miteinander verbunden. Neben der Flüchtlingsthematik werden auch „secularization, ‚gender ideology‘, and other threats to family life and cultural tradition“ (Fomina / Kucharczyk 2016: 62) in der polnischen Politik diskutiert. Betrachtet man die Thematik der Genderideologie näher, wird deutlich, dass PiS damit argumentiert, dass die liberalen Vorstellungen der EU nicht mit dem polnischen Wertesystem vereinbar sind (Politt 2015: 60f.). Die Unterstützung populistischer Parteien ließe sich demnach auf eine Gegenreaktion zum progressiven Wertewandel zurückführen. Es wird also angenommen, dass die Hypothese der „Silent Revolution“ auch in Mittel- und Osteuropa greift. Die Unterstützung für PiS wäre folglich bei den Bürgern besonders hoch, die traditionelle Werte vertreten. Demgegenüber stehen die Bürger, die tolerant sind gegenüber „diverse forms of sexuality, LGBT rights, same-sex marriage and varied family units, and more fluid gender identities; more secular values, habits, and ethical norms; open-mindedness towards migrants, refugees, foreigners, and multicultural diversity of lifestyles (...)“ (Inglehart/Norris 2016: 13).

Ein weiterer Faktor, der in das Modell einbezogen wird, ist die soziale Integration. Bürger, die sich von der Gesellschaft isolieren und nicht integriert sind, tendieren eher dazu, populistische Parteien zu unterstützen. Vor allem eine autoritäre Führungspersonlichkeit kann stark anziehend auf desintegrierte Personen wirken. Diese ist in der Partei PiS in Person von Jarosław Kaczyński vorhanden. Aufgrund der polnischen Geschichte ist der Faktor der sozialen Integration besonders relevant. Das ehemals kommunistische Land hat sich jahrzehntelang durch wenig Vertrauen unter den Bürgern und eine schwache Zivilgesellschaft ausgezeichnet, da dies von der kommunistischen Herrschaft verhindert wurde. Einige Autoren gehen davon aus, dass eine schwache Zivilgesellschaft dazu geführt hat, dass die Bürger weiterhin sozial isoliert sind und deshalb eher dazu tendieren, autoritäre Parteien und Bewegungen zu unterstützen. Gleiches gilt auch für populistische Parteien, die autoritäre Merkmale aufweisen (Rydgren 2011: 133). Die Entwicklung einer Zivilgesellschaft und ein höheres Maß an Sozialkapital bei den Bürgern sind demnach in Polen von besonderer Bedeutung. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass sozial desintegrierte Personen eher dazu tendieren, PiS zu unterstützen.

Da Religion in Polen eine zentrale Rolle in der Gesellschaft, aber auch in der Politik einnimmt, wird angenommen, dass die individuelle Ausprägung der Religiosität die Wahlentscheidung in Polen stark beeinflusst. Dies sollte in Polen einen größeren Effekt haben als in westlichen Demokratien und kann aufgrund der besonderen Relevanz im polnischen Kontext nicht vernachlässigt werden. Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat stellt in den vergangenen Wahlen stets ein Positionsthema dar, bei dem sich politische Parteien unterschiedlich positionierten. PiS hat eine enge Verbindung zur katholischen Kirche, der die große Mehrheit der Bevölkerung angehört. So haben Vertreter der katholischen Kirche bei den Parlamentswahlen 2011 aktiv Wahlkampf für PiS betrieben. Im Gegenzug spricht sich PiS für eine engere Kooperation zwischen Kirche und Staat aus. Dies führt die Partei auf die Relevanz traditioneller Werte und die historische Verbindung zwischen Kirche und Staat in Polen zurück. Religion ist ein zentraler Faktor, der Polen von anderen mittel- und osteuropäischen Staaten abgrenzt (Majcherek 2011: 3ff).

Darüber hinaus sollen verschiedene sozio-demografische Variablen in das Modell aufgenommen werden, da sich in den bisherigen Studien gezeigt hat, dass sich starke und stabile Zusammenhänge nachweisen lassen. Populistische Parteien sind in bestimmten Ausprägungen dieser Variablen überdurchschnittlich erfolgreich, während andere Gruppen nur in geringem Maße auf das Angebot populistischer Parteien reagieren. In das Modell integriert werden folgenden Variablen: Alter, Geschlecht, Bildung, Lebensraum (Stadt, Land) und Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit.

3.5 Hypothesen

Als Grundlage für die in Kapitel 4 folgende Analyse werden nun Hypothesen aufgestellt, die es zu prüfen gilt. Diese beziehen sich auf die theoretischen Überlegungen des in Kapitel 3.4 erstellten Modells.

Da es sich bei der EU um ein kontroverses Thema im politischen Diskurs handelt, ist davon auszugehen, dass die Einstellungen gegenüber der EU und der europäischen Integration einen Einfluss auf die Wahlentscheidung für PiS haben. Obwohl die Polen im europäischen Vergleich der EU gegenüber überdurchschnittlich enthusiastisch eingestellt sind, sollte sich die Wahlentscheidung der EU-Befürworter und EU-Gegner voneinander unterscheiden. Es wird zudem angenommen, dass die Einstellung gegenüber der europäischen Integration polarisierender ist als die Unterstützung der EU im Allgemeinen. Daraus ergibt sich folgende Hypothese:

H₁: *Negative Einstellungen gegenüber der EU und der europäischen Integration haben einen positiven Effekt auf die Wahl der populistischen Partei PiS.*

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Bürger, die sich entweder in einer schlechten ökonomischen Situation befinden oder ihre ökonomische Situation als schlecht einschätzen, anfälliger dafür sind, populistische Parteien zu unterstützen. PiS nutzt das Gefühl von Angst und Unsicherheit der Bürger, die ökonomisch verwundbar sind, um diese zu mobilisieren. Daraus ergeben sich folgende Hypothesen:

H₂: *Je schlechter die ökonomische Situation eines Individuums ist, desto wahrscheinlicher ist es, die populistische Partei PiS zu wählen.*

H₃: *Die Unzufriedenheit mit der eigenen ökonomischen Lage wirkt sich positiv auf die Wahl von PiS aus.*

Bezüglich der Wertorientierungen ist eine Spaltung der Bevölkerung erkennbar, wobei auf der einen Seite Bürger stehen, die traditionelle Werte vertreten und dem postmaterialistischen Wertewandel gegenüber kritisch eingestellt sind. Auf der anderen Seite befinden sich Personen, die kosmopolitische und liberale Wertvorstellungen vertreten. Die populistische Partei PiS beruft sich häufig auf traditionelle Werte und hat sich in der Vergangenheit oft kritisch gegenüber liberalen Wertvorstellungen geäußert. Demnach ist von folgender Hypothese auszugehen:

H₄: *Personen, die traditionelle Wertvorstellungen haben und postmaterialistischen Werten kritisch gegenüberstehen, haben eine höhere Wahrscheinlichkeit PiS zu wählen.*

Wie bereits erwähnt, spielt soziale Isolation vor allem in postkommunistischen Staaten eine besondere Rolle. Die Entwicklung einer Zivilgesellschaft und ein hohes Maß an Sozialkapital können dem Erfolg populistischer Parteien vorbeugen, da integrierte Bürger nicht so anfällig für autoritäre Akteure und deren Anti-Establishment Rhetorik sind wie desintegrierte Bürger. Somit kann folgende Hypothese aufgestellt werden:

H₅: *Je schlechter ein Individuum sozial integriert ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, die populistische Partei PiS zu wählen.*

Religion spielt in Polen im Vergleich zu anderen mittel- und osteuropäischen Staaten eine große Rolle. Dies zeigt sich beispielsweise durch die enge Verknüpfung von Kirche und Staat. Die katholische Kirche nimmt hierbei im Vergleich zu anderen

Religionsgemeinschaften eine besondere Rolle ein. Aus den theoretischen Überlegungen ergibt sich folgende Hypothese:

H₆: *Für Individuen, die Mitglied in einer Glaubensgemeinschaft sind, steigt die Wahrscheinlichkeit, die populistische Partei PiS zu wählen im Vergleich zu Individuen, die kein Mitglied in einer Glaubensgemeinschaft sind.*

Bezüglich der sozio-demografischen Variablen wird auf Basis vorheriger Studien von folgenden Hypothesen ausgegangen:

H₇: *Je älter ein Individuum ist, desto wahrscheinlicher ist es, die Partei PiS zu wählen.*

H₈: *Männer tendieren eher dazu PiS zu wählen als Frauen.*

H₉: *Je gebildeter eine Person ist, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, PiS zu wählen*

H₁₀: *Individuen, die in ländlichen Regionen leben, haben eine größere Wahrscheinlichkeit PiS zu wählen als Personen, die in urbanen Regionen leben.*

H₁₁: *Gehört ein Individuum einer ethnischen Minderheit an, sinkt die Wahrscheinlichkeit PiS zu wählen.*

4 Analyse der Determinanten auf die Wahl der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS)

Auf Basis des entwickelten Modells soll nun der Effekt verschiedener Determinanten auf die Wahl von PiS getestet werden. Die Analyse erfolgt mit Hilfe des Statistikprogramms Stata. Zunächst wird die Datenbasis vorgestellt. In einem darauf folgenden Schritt findet die Operationalisierung statt, um eine empirische Prüfung der einzelnen Sachverhalte zu ermöglichen.

4.1 Datenbasis und Operationalisierung

Die Daten, die in der Analyse dieser Arbeit verwendet werden, stammen aus dem sechsten Durchgang des ESS aus dem Jahr 2012. Beim ESS handelt es sich um ein länderübergreifendes Umfrageinstrument über Einstellungen und Verhalten von Bürgern, das seit 2001 alle zwei Jahre regelmäßig erhoben wird. Der ESS wird auf Basis von Wahrscheinlichkeitsstichproben in 29 europäischen Staaten durchgeführt, wobei es sich um 21 EU-Mitgliedsstaaten und acht Nicht-EU-Mitgliedsstaaten handelt.

Er besteht aus einem Kernmodul, in dem die gleichen Items alle zwei Jahre abgefragt werden, und jeweils zwei Wechselmodulen, die auf bestimmte Bereiche spezialisiert sind und nur einmalig abgefragt werden. Beim sechsten Durchgang nehmen die rotierenden Module Bezug auf „Personal und Social Well-Being“ und „Understandings and Evaluations of Democracy“. Im vorliegenden Datensatz wurden insgesamt 1898 polnische Bürger im Alter von über 15 Jahren befragt.

Da es sich bei dem Item, das die abhängige Variable abbildet, um eine Recallfrage über das Wahlverhalten bei den Parlamentswahlen 2011 handelt, wurde der Datensatz aus dem Jahr 2012 gewählt und nicht der Aktuellste aus dem Jahr 2014. Bei dieser Art der Fragen besteht immer die Gefahr von Erinnerungsverzerrungen. Je geringer jedoch der Abstand zwischen dem Verhalten, also der Wahl im Jahr 2011, und der Befragung, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit für Verzerrungen (Schumann 2011: 53).

Die Auswahl der Items orientiert sich in einigen Punkten an vorherigen Studien, die mit den gleichen Variablen und dem gleichen Datensatz gearbeitet haben. Eine Übersicht über die Operationalisierung findet sich im Anhang dieser Arbeit.

Wie bereits erwähnt wird die Wahlentscheidung mit Hilfe einer Rückerinnerungsfrage operationalisiert. Diese bezieht sich auf die letzte Wahl, die in Polen vor der Erhebung (August 2012 bis Dezember 2013) stattgefunden hat. Das Item erfasst die Wahlentscheidung bei den Parlamentswahlen 2011. Folgende Antwortmöglichkeiten sind vorgegeben: KNP, PO, PJN, Sierpień 80, PSL, PiS, Palikot-Bewegung, SLD, Andere. Bevor die Analyse durchgeführt wird, wird das Item in eine dichotome Variable umgewandelt, bei der die Ausprägung 1 die Wähler von PiS und 0 die Wähler aller anderen Parteien abbildet. So können die Wähler von PiS von den Wählern der anderen Parteien unterschieden werden. Dadurch ergibt sich die Möglichkeit eines direkten Vergleichs zwischen beiden Gruppen. Die 14 Befragten, die angaben, die ebenfalls populistische Partei KNP gewählt zu haben, werden aus dem Datensatz entfernt. So können deren populistische Einstellungen die Analyseergebnisse nicht verzerren. Aufgrund der geringen Anzahl der Befragten sollte dies das Ergebnis nicht beeinträchtigen. Vor diesem Item wurde eine Filterfrage eingebaut, die eine Unterteilung der Befragten in Wähler und Nicht-Wähler ermöglicht. Die Wahlbeteiligung lag bei rund 49 %. Mit 1230 von 1898 Befragten, die angaben, gewählt zu haben, liegt der Anteil der Wähler im Fragebogen mit 64,8 % deutlich über der tatsächlichen Wahlbeteiligung. Dies lässt vermuten, dass die Befragten, sich entweder nicht mehr richtig daran erinnern, ob sie an der Wahl teilgenommen haben, oder dazu

tendierten, sozial erwünschte Antworten zu geben. Dennoch kann auch bei diesen Befragten davon ausgegangen werden, dass die Angabe einer Stimmabgabe für eine bestimmte Partei bedeutet, dass das Individuum die entsprechende Partei unterstützt. Folglich ist die Differenz zwischen der realen und der im Datensatz vorliegenden Wahlbeteiligung nicht problematisch für die später folgende Interpretation der Analyseergebnisse.

Um die Einstellungen gegenüber der EU abzubilden, werden zwei Items in die Analyse aufgenommen. Einerseits wird das Vertrauen in das Europäische Parlament abgefragt. Da es keine Vertrauensfrage zur EU als Ganzes gibt, wird in dieser Arbeit auf die Frage zu einer der wichtigsten Institutionen zurückgegriffen. Es ist davon auszugehen, dass die Bürger ausreichend über das Europäische Parlament informiert sind, da sie seine Mitglieder selbst wählen. Mit dem zweiten Item wird der Aspekt der europäischen Integration aufgegriffen. Das Item fragt die Einstellung des Individuums zum Integrationsprozess ab. Dabei sollen sich die Befragten zwischen zwei gegensätzlichen Positionen einordnen. Diese Positionen sind: „Unification has already gone too far“ und „Unification should go further“. Der Begriff „Unification“ ist in diesem Sinne als Integration und nicht als Erweiterung der EU zu verstehen. Die beiden Items sollten Aufschluss über die Einstellungen zur EU als Determinanten für die Wahl von PiS geben.

Die ökonomischen Variablen werden unterteilt in die objektive ökonomische Situation des Individuums und seine subjektive Einschätzung dieser Situation. Die Operationalisierung orientiert sich an der Studie von Inglehart und Norris, die in Kapitel 2.3 vorgestellt wurde. Hinsichtlich der objektiven Situation wird ein Item in die Analyse aufgenommen, das Aufschluss über die Höhe des Einkommens gibt. Das Haushaltseinkommen der befragten Person wird in Relation zur Verteilung des Einkommens in der Bevölkerung gesetzt. Somit wird eine Klassifizierung in Zehntel-Segmente möglich, bei der sich im ersten Zehntel Individuen mit dem geringsten Haushaltseinkommen befinden und im letzten Zehntel Individuen mit dem höchsten Haushaltseinkommen. Zusätzlich wird die Inanspruchnahme von Sozialleistungen als primäre Einkommensquelle in die Analyse aufgenommen. Das vorhandene Item wird so verändert, dass Sozialleistungen als primäre Einkommensquelle die Ausprägung 1 annehmen und alle anderen Einkommensquellen wie Gehalt, Rente u.a. der Ausprägung 0 entsprechen. Die subjektive Einschätzung der ökonomischen Situation wird durch ein Item operationalisiert, das die Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen abfragt. Auf

der 4-Punkte-Skala entspricht die Ausprägung 1 der größten Zufriedenheit und 4 einer Unzufriedenheit mit dem eigenen Haushaltseinkommen.

Die Operationalisierung der Wertvorstellungen bezieht sich auf zwei verschiedene Aspekte, die im vorherigen Kapitel angesprochen wurden. Immigration ist dabei von zentraler Bedeutung. Hierbei wird auf ein Item zurückgegriffen, das Inglehart und Norris (2016: 45) in ihre Anti-Immigration-Skala aufgenommen haben. Die Befragten sollen angeben, ob sich die Lebensqualität in Polen verbessert oder verschlechtert, wenn Immigranten in das Land kommen. Die Angabe erfolgt mittels der Einordnung auf einer 10-Punkte-Skala. Diese wird so umcodiert, dass 0 der positivsten und 10 der negativsten Einstellung gegenüber Immigration entspricht.

Darüber hinaus wird die Einstellung gegenüber homosexuellen Personen den Wertvorstellungen zugeordnet. Die Befragten sollen sich auf einer 5-Punkte-Skala hinsichtlich ihrer Akzeptanz von Homosexualität als sexuelle Ausrichtung positionieren. Die Ausprägung 1 entspricht dabei sehr liberalen Wertvorstellungen, wohingegen die Ausprägung 5 traditionelle Wertvorstellungen abbildet und eine ablehnende Haltung gegenüber Homosexualität widerspiegelt.

Die Operationalisierung der Variablen zur sozialen Integration orientiert sich an der vorgestellten Studie von Rydgren, der ebenfalls mit dem ESS arbeitet. Die soziale Isolation wird mit einem Item abgebildet, mit dem abgefragt wird, wie häufig Individuen sozial interagieren. Die Häufigkeit von Treffen mit Freunden, Verwandten und Kollegen sollen Individuen auf einer 7-Punkte-Skala von nie bis sehr häufig einschätzen. Zudem wird ein Item aufgenommen, das abfragt, ob sich das Individuum einsam fühlt. Zuletzt wird soziales Vertrauen operationalisiert. Dies geschieht mit Hilfe eines Items, das abfragt, ob die befragte Person ihren Mitmenschen im Allgemeinen eher vertraut oder misstraut.

Die Religionszugehörigkeit wird mit einem Item operationalisiert, das nach der Identifikation mit einer bestimmten Religionsgemeinschaft fragt. Dabei ist nicht die formale Mitgliedschaft gemeint, sondern ein Zugehörigkeitsgefühl zu einer Religionsgemeinschaft. Die Ausprägungen der dichotomen Variablen werden jedoch umgekehrt, sodass die Ausprägung 0 keiner Religionszugehörigkeit und die Ausprägung 1 einer Religionszugehörigkeit entspricht.

Die Operationalisierung der sozio-demografischen Variablen Alter, Geschlecht und Lebensraum ist aus dem Anhang ersichtlich. Bildung wird mit der Anzahl der Jahre abgebildet, die das Individuum bis zum Abschluss der Bildung aufgebracht hat. Die

Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit sollte sich ebenfalls auf die Wahl von PiS auswirken. Mit den vorliegenden Daten kann dieser Faktor jedoch nicht abgebildet werden. Nur 35 aller Befragten gaben an, einer ethnischen Minderheit anzugehören. Aufgrund der geringen Fallzahl wird dieser Faktor aus der Analyse ausgeschlossen. Hypothese 11 kann folglich nicht überprüft werden.

4.2 Analyse der Effekte verschiedener Faktoren auf die Wahl der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS)

Da die abhängige Variable nicht metrisch, sondern binär bzw. nominal skaliert ist, kann keine lineare Regression berechnet werden. Es wird auf die logistische Regression als Schätzmethode zurückgegriffen. Die Koeffizienten der logistischen Regression sind sogenannte logits, die das logarithmierte Verhältnis der Eintrittswahrscheinlichkeit zur Gegenwahrscheinlichkeit darstellen. Die logits sind wenig intuitiv und können deshalb nur hinsichtlich ihrer Richtung und Signifikanz interpretiert werden. Im Gegensatz zur linearen Regression gibt es bei der logistischen Regression keine allgemein akzeptierte Maßzahl, die den Effekt der unabhängigen Variablen durch eine einzige Ziffer ausdrückt. Eine Methode, die sich bewährt hat, ist die Berechnung von durchschnittlichen marginalen Effekten (AMEs). Ein Marginaleffekt ist die Steigung einer Regressionsgeraden an einem bestimmten Punkt der Regressionslinie. Die Steigung ist jedoch bei einer logistischen Regression nicht konstant. Aus diesem Grund wird der Durchschnittseffekt als Mittelwert der marginalen Effekte über alle Beobachtungen hinweg ermittelt. Dies vereinfacht die Interpretation des Stata-Outputs, sodass diese über Richtung und Signifikanz hinausgehen kann (Kohler/Kreuter 2017: 366-372).

Um die bestmögliche Schätzung durch das Modell zu garantieren, werden die Daten gewichtet. Dabei wird auf die Design-Gewichtung des ESS zurückgegriffen. Diese korrigiert den Datensatz und bezieht mit ein, dass nicht alle Individuen die gleiche Auswahlwahrscheinlichkeit für die Aufnahme in die Umfrage haben. Eine mögliche Verzerrung aufgrund des Stichprobendesigns, z.B. durch Faktoren wie dem Wohnort oder der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe, soll damit ausgeschlossen werden (ESS 2014: 1).

Eine Übersicht über die berechneten Modelle geht aus Tabelle 1 hervor. Modell 1 enthält neben den soziodemografischen Variablen auch die Variablen, die sich auf die EU beziehen. In Modell 2 werden zusätzlich die subjektiven und objektiven

ökonomischen Variablen aufgenommen. Modell 3 umfasst darüber hinaus die Wertvorstellungen der Individuen. Durch die Aufnahme der Indikatoren der sozialen Integration handelt es sich bei Modell 4 um das vollständige Modell. Aufgrund der Verschlechterung des ersten Modells durch die Hinzunahme der ökonomischen Faktoren testet Modell 5 den Einfluss aller anderen Variablen ohne die ökonomischen Variablen auf die Wahlentscheidung.

Für die Bewertung der Güte eines logistischen Modells existieren verschiedene Pseudo- R^2 Werte. In dieser Arbeit wird Mc Faddens unkorrigiertes Pseudo- R^2 als Kriterium des Model-Fit herangezogen.⁶ Die Pseudo- R^2 Werte der Modelle liegen bei 0,105 bis 0,171. Hierbei handelt es sich um relativ geringe Werte. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass die Variable „Parteiidentifikation“ nicht in das Modell aufgenommen wurde. Berechnet man die Regression erneut und schließt die Parteiidentifikation mit ein, steigt Pseudo- R^2 auf bis zu 0,852.⁷ Dies bedeutet, dass die Variable Parteiidentifikation die Güte der Schätzung enorm verbessern würde. Der Faktor wird jedoch aus den in Kapitel 3.4 erwähnten Gründen bewusst nicht in das Modell aufgenommen. Darüber hinaus verliert eine Vielzahl der anderen Variablen bei der Aufnahme der Parteiidentifikation in das Modell die Signifikanz. Dementsprechend könnten keine Aussagen mehr über die Klientel von PiS getroffen werden. Das Ziel dieser Arbeit besteht jedoch darin, die Wählerschaft genauer zu charakterisieren und Determinanten herauszufinden, die sich auf eine Wahlentscheidung für PiS auswirken. Aus diesem Grund wird auf die Verbesserung von Pseudo- R^2 durch die Aufnahme der Parteiidentifikation verzichtet.

Vergleicht man die Modelle 1 bis 4, zeigt sich, dass sich die Erklärungskraft durch die Hinzunahme weiterer Variablen verbessert. Eine Ausnahme stellt Modell 2 dar. Die Einbeziehung der subjektiven und objektiven ökonomischen Variablen schwächt die Erklärungskraft des Modells. Aus diesem Grund wurde ein weiteres Modell berechnet, das diese Variablen aus dem vollständigen Modell ausschließt. Durch dieses Vorgehen verbessert sich die Güte der Schätzung. Folglich wird Modell 5 als beste Schätzung für die Wahlentscheidung für PiS angenommen.

⁶ Pseudo- R^2 ist kein Äquivalent zu R^2 . Es hat einen Wertebereich von 0 bis 1. Der Wert kann als Verbesserung des Null-Modells zum angepassten Modell interpretiert werden. Je näher der Wert bei 1 liegt, desto besser ist das Modell.

⁷ Der Wert entspricht der Aufnahme der Parteiidentifikation in Modell 5.

Tabelle 1: Ergebnisse der logistischen Regression (Modelle 1 bis 5)

	Modell 1		Modell 2		Modell 3		Modell 4		Modell 5	
N	935		745		701		699		854	
Pseudo R ² (McFadden)	0,111		0,105		0,156		0,167		0,171	
	β	AMEs	β	AMEs	β	AMEs	β	AMEs	β	AMEs
Alter	0.0012	0.0002	0.0028	0.0006	0.0029	0.0006	0.0011	0.002	-0.0005	-0.0001
Geschlecht	-0.0428	-0.0084	-0.0779	-0.0156	0.0773	0.0151	0.1195	0.0232	0.0499	0.0092
Bildung	-0.1122***	-0.0219***	-0.0808**	-0.0161***	-0.0851**	-0.0166**	-0.0857**	-0.0167**	-0.0913***	-0.0169***
Lebensraum	0.1087*	0.0213*	0.1324*	0.0264*	0.1408*	0.0274*	0.1160	0.0225	0.1091	0.0202
Religion	1.5038***	0.2944***	1.6220***	0.3239***	1.4037***	0.2740***	1.3782***	0.2675***	1.4522***	0.2683***
Vertrauen EP	-0.1961***	-0.0384***	-0.1671***	-0.0334***	-0.1464***	-0.0286***	-0.1306***	-0.0253***	-0.1466***	-0.0271***
EU-Integration	-0.0861***	-0.0169***	-0.0787**	-0.0157**	-0.0630*	-0.0072**	-0.0627*	-0.0122*	-0.0795**	-0.0147**
Einkommen										
Einkommens- quelle			-0.0697*	-0.0139*	-0.0404	-0.0079	-0.0421	-0.0082		
Subjektive Einschätzung Einkommen			0.0017	0.0003	0.1794	0.0350	0.0564	0.0109		
Immigration			-0.0582	-0.0116	-0.1095	-0.0214	-0.1473	-0.0286		
Einstellung					0.0107	0.0021	0.0061	0.0012	0.0206	0.0038
Homo- sexualität					0.4733***	0.0924***	0.4894***	0.0950***	0.4906***	0.0906***
Soziale Kontakte							0.1013	0.0197	0.0703	0.0130
Einsamkeit							-0.0917	-0.0178	-0.0233	-0.0043
Soziales Vertrauen							0.0917**	0.0178**	0.0655*	0.0121*

β-Koeffizienten und durchschnittliche marginale Effekte (AMEs)
 Signifikanzniveau *p=0.10 ; **p=0.05 ; ***p=0.01

Quelle: eigene Darstellung

Bei einem Blick auf die Ergebnisse bezüglich der soziodemografischen Variablen wird deutlich, dass weder das Alter noch das Geschlecht einen signifikanten Einfluss auf die Wahl der Partei PiS haben. Dieses Ergebnis ist über alle Modelle hinweg konstant. Folglich handelt es sich bei der Klientel der Partei nicht wie angenommen eher um männliche Personen, sondern um Männer und Frauen gleichermaßen. Auch das Alter eines typischen PiS-Wählers lässt sich nicht genauer eingrenzen. Dementsprechend handelt es sich bei PiS-Wählern um Personen aller Altersklassen. Hypothese 7 und Hypothese 8 müssen aus diesem Grund abgelehnt werden.

Im Gegensatz dazu kann bei dem Faktor Bildung ein höchst signifikanter Effekt nachgewiesen werden. Besonders großen Erfolg hat PiS demnach bei weniger gebildeten Personen. Dieser Effekt ist über alle Modelle hinweg konstant. Je mehr Jahre eine Person in ihre Bildung investiert, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, die Partei PiS zu wählen. Für Personen, die bei allen unabhängigen Variablen dem Durchschnitt entsprechen, sinkt die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit der Wahlentscheidung für PiS um 0,0169 pro zusätzlichem Jahr, das in Bildung investiert wird. In Modell 1 sinkt die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit sogar um 0,0219. Bei einer Range von 2 bis 26 können sich bei diesem Faktor demnach große Veränderungen ergeben. Das Ergebnis lässt sich auf die Anti-Establishment Rhetorik der Partei zurückführen. Bei einem Individuum, das viele Jahre in seine Bildung investiert hat, steigt die Wahrscheinlichkeit, eine höhere Position in der Gesellschaft einzunehmen und Teil der Elite zu sein. Da PiS die Elite stark kritisiert, ist es wahrscheinlich, dass diese Personen die Partei nicht unterstützen. Eine ähnliche Logik greift bei Personen, die weniger Zeit in ihre Bildung investieren. Bei diesen Personen ist davon auszugehen, dass sie einfachere Berufe ausüben. PiS formuliert in Bezug auf diese Gruppen klare Wahlversprechen und nimmt sich so deren Bedürfnissen an. Das Ergebnis der Analyse entspricht den theoretischen Überlegungen, weshalb Hypothese 9 angenommen wird.

Ein Effekt ist auch beim Lebensraum des Individuums auszumachen, wobei dieser in Modell 5 nicht signifikant ist. Bezieht man jedoch nur die soziodemografischen Variablen und die Variablen zur EU ein, zeigt sich: Je ländlicher die Region, in der eine Person lebt, desto größer die Wahrscheinlichkeit PiS zu wählen. Die Ausprägung 1 entspricht einer Großstadt, wohingegen der Wert 5 ländlich geprägte Regionen sowie landwirtschaftliche Betriebe repräsentiert. Den Ergebnissen entsprechend findet sich die Klientel der Partei PiS eher in ländlich geprägten Regionen wieder. Da PiS in diesen Regionen gezielt Wahlkampf betreibt und sich für die Interessen der Landbevölkerung

einsetzt, ist das Ergebnis nur wenig überraschend. Es ist davon auszugehen, dass sich der Effekt seit der Erhebung verstärkt hat, da PiS im Wahlkampf der Parlamentswahlen 2015 einen größeren Fokus auf die Interessen der Landwirte und der Bewohner der ländlich geprägten Regionen gelegt hat. Somit sollte die Unterstützung für die populistische Partei in diesen Regionen stärker geworden sein. Obwohl der Effekt in Modell 5 nicht signifikant ist, ist er im Basismodell 1 sowie in den Modellen 2 und 3 nachweisbar. Hypothese 10 wird mit Einschränkungen angenommen, da eine Tendenz in die Richtung des erwarteten Effekts erkennbar ist.

Bei der Religionszugehörigkeit ist ein höchst signifikanter Einfluss erkennbar, der über alle Modelle hinweg konstant ist. Fühlt sich eine Person einer Religionsgemeinschaft zugehörig, kann davon ausgegangen werden, dass die Wahrscheinlichkeit steigt, PiS zu wählen. Bei dieser Variable ist einer der stärksten Effekte erkennbar. Die durchschnittliche Wahrscheinlichkeit, die Partei PiS zu unterstützen, steigt pro zusätzlicher Einheit um 0,2683, im Basismodell sogar um 0,2944, wobei die Variable lediglich zwei Ausprägungen hat (0 = keine Religionszugehörigkeit; 1 = Religionszugehörigkeit). Es ist deutlich erkennbar, dass sich die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft positiv auf die Unterstützung von PiS auswirkt. Da PiS in enger Verbindung mit der katholischen Kirche steht, ist die Unterstützung der Religionsanhänger nicht überraschend. Um dieses Ergebnis besser interpretieren zu können, wird ein genauere Blick auf die Daten geworfen: Insgesamt 1682 Personen gaben an, sich einer Religionsgemeinschaft zugehörig zu fühlen. Von diesen Befragten gaben 1583 Personen in einer Anschlussfrage an, der römisch-katholischen Kirche anzugehören, 69 der katholischen Kirche (ohne Spezifizierung der genauen Richtung) und 3 der griechisch-katholischen Kirche. Nur 22 Personen gaben an, sich anderen Religionsgemeinschaften (z.B. evangelische Kirche, Pfingstkirche, Zeugen Jehovas) zugehörig zu fühlen. Die gewählte Variable kann also bis auf wenige Ausnahmen im Sinne der Zugehörigkeit zur katholischen Kirche interpretiert werden. Die folgende Aussage von Janusz Majcherek (2011: 3) wird mittels des Analyseergebnisses bestätigt: „PiS ist eine Partei mit nationalkatholischem Profil. (...) Für sie stimmen hauptsächlich Einwohner von Dörfern und Kleinstädten, die unter dem Einfluss der katholischen Kirche stehen (...)“. Führt man diese Überlegung weiter, sollte davon auszugehen sein, dass nichtreligiöse Personen Parteien mit einer antiklerikalen Ausrichtung vorziehen oder zumindest die Parteien bevorzugen, die sich für eine deutlichere Trennung von

Kirche und Staat aussprechen. Hypothese 6 wird aufgrund des Ergebnisses angenommen.

In Modell 1 liegt der Fokus auf den Einstellungen der Bürger zur EU. Beide Variablen weisen höchst signifikante Effekte auf die Wahlentscheidung auf. Damit handelt es sich bei der EU Dimension um die einzige Variablen­gruppe, die in ihrer Gesamtheit signifikant ist. Darüber hinaus zeigen die Effekte bei beiden Variablen in die gleiche Richtung. Es handelt sich um negative Effekte. Diese ersten Ergebnisse lassen bereits die Interpretation zu, dass eine positive Einstellung gegenüber der EU die Wahrscheinlichkeit verringert, PiS zu wählen.

Wirft man nun einen genaueren Blick auf die Variable „Vertrauen ins Europäische Parlament“, ist erkennbar, dass größeres Vertrauen mit einer Ablehnung von PiS einhergeht. Für Personen, die bei allen unabhängigen Variablen dem Durchschnitt entsprechen, sinkt die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit der Wahlabsicht für PiS um 0,0384 wenn sich das Vertrauen um eine Einheit auf der 10-Punkte-Skala (0 = kein Vertrauen; 10 = vollständiges Vertrauen) erhöht. Je mehr Variablen in das Modell einbezogen werden, desto geringer wird dieser Effekt. Dennoch ist er auch in Modell 5 erkennbar und höchst signifikant. Hier sinkt die durchschnittliche Wahrscheinlichkeit pro zunehmender Einheit noch um 0,0271. Bei genauerer Betrachtung der Variable zeigt sich, dass das Vertrauen der polnischen Befragten in das Europäische Parlament im Durchschnitt bei 4,22 liegt. Neben dem Vertrauen in das Europäische Parlament wird auch das Vertrauen in die nationale Regierung abgefragt. Hier liegt ein Mittelwert von nur 2,96 vor. Der Vergleich der beiden Mittelwerte zeigt, dass die polnischen Befragten der eigenen Regierung weniger Vertrauen als dem Europäischen Parlament. Diese Beobachtung kann im Sinne von Kriesi et al. unter dem Aspekt der Denationalisierung interpretiert werden. Im Vergleich zwischen den Institutionen der nationalen und der supranationalen Ebene tendieren die Bürger eher dazu, letzteren das Vertrauen auszusprechen. Dies kann mit verschiedenen Faktoren zusammenhängen. Polen ist einer der größten Nettoempfänger in der EU. Im Jahr 2015 hat das Land beispielsweise 9,5 Milliarden Euro erhalten und führte somit die Liste der Nettoempfänger an. Darüber hinaus profitiert Polen enorm von Agrarsubventionen durch die EU (European Commission 2016: 29ff.). Die Effekte der Maßnahmen auf EU-Ebene sind für viele Bürger in Polen direkt spürbar. Da sich die Maßnahmen überwiegend positiv auf die Lebensqualität der Bürger auswirken, kann davon ausgegangen werden, dass diese Faktoren in die Bewertung der EU einfließen.

Gleiches gilt auch für die Einstellung gegenüber der europäischen Integration. Das arithmetische Mittel von 5,7 zeigt, dass die Befragten einer weiterführenden europäischen Integration gegenüber eher positiv eingestellt sind. Dennoch wirkt sich der Effekt in den Modellen weniger stark aus als beim Vertrauen ins Europäische Parlament. Mit dem Anstieg auf der 10-Punkte-Skala um eine Einheit sinkt die Wahrscheinlichkeit PiS zu wählen durchschnittlich um 0,0169. Auch dieser Effekt nimmt in Modell 5 ab und entspricht nur noch 0,0147. Im Gegensatz zum Vertrauen ins Europäische Parlament nimmt bei dieser Variable auch das Signifikanzniveau ab. Dennoch ist der Effekt in allen Modellen statistisch auf einem Signifikanzniveau von mindestens 95 % nachweisbar.

Es kann gezeigt werden, dass die Einstellungen gegenüber der EU Relevanz für die zugrundeliegende Fragestellung haben. Die Tatsache, dass beide Variablen über alle Modelle hinweg signifikant sind, unterstreicht deren Bedeutsamkeit. Die von Kriesi et al. vorgestellten Überlegungen einer neuen Konfliktlinie innerhalb der Gesellschaft scheinen demnach auf Polen zuzutreffen. Unterschiedliche Einstellungen gegenüber der EU können somit erstmals als Determinanten der Wahlentscheidung für populistische Parteien identifiziert werden. Dementsprechend wird Hypothese 1 angenommen.

Im Gegensatz zur starken Erklärungskraft der EU-Variablen kann hinsichtlich der ökonomischen Variablen nur ein schwacher Effekt nachgewiesen werden. Modell 2 lenkt den Fokus auf die zugehörigen Prädiktoren. Zunächst ist auffällig, dass sich Pseudo R^2 im Gegensatz zum ersten Modell verringert. Die gleiche Beobachtung trifft auch bei einem Vergleich zwischen den Modellen 4 und 5 zu. Obwohl der Wert nicht genau so interpretiert werden kann wie bei einer linearen Regression, kann die Güte der Modelle durch eine Gegenüberstellung der Werte verglichen werden. Ein geringerer Wert bedeutet eine schwächere Erklärungskraft des Modells. Demnach scheinen die ökonomischen Variablen die Schätzung insgesamt zu verschlechtern. Während die subjektive Einschätzung der ökonomischen Situation in keinem der Modelle signifikant ist, lässt sich zumindest bei einer der beiden Variablen der objektiven ökonomischen Situation ein Effekt auf einem Signifikanzniveau von 90 % nachweisen. Demnach nimmt die Wahrscheinlichkeit PiS zu wählen mit steigendem Einkommen ab. Für Personen, die bei allen unabhängigen Variablen dem Durchschnitt entsprechen, sinkt die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit der Stimmabgabe für PiS um 0,0139, wenn sich die Einkommensklasse auf der 10-Punkte-Skala um eine Einheit erhöht. Hypothese 2 kann mit Blick auf Modell 2 mit Einschränkungen angenommen werden. Dennoch

verschwindet der Effekt in allen anderen Modellen, sodass er höchstens als Tendenz interpretiert werden kann. Legt man Modell 5 als beste Schätzung zugrunde, müsste die Hypothese abgelehnt werden. Die Klientel der Partei umfasst folglich alle Einkommensklassen, wobei die Ergebnisse aus Modell 2 die Tendenz erkennen lassen, dass Personen mit höherem Einkommen PiS weniger unterstützen als Personen mit niedrigem Einkommen. Darüber hinaus lässt sich kein Unterschied bei Personen erkennen, deren primäre Einkommensquelle Sozialleistungen sind. Eine Erklärung könnte darin bestehen, dass dies laut der Angaben im Datensatz nur bei 27 von 1898 Befragten der Fall ist. Auch die Zufriedenheit mit dem eigenen Einkommen hat keinen signifikanten Effekt auf die Wahlentscheidung. Dies ist vor dem theoretischen Hintergrund überraschend. Wähler der populistischen Partei finden sich dementsprechend gleichermaßen unter Personen, die zufrieden wie unzufrieden mit ihrer wirtschaftlichen Situation sind. Der Aspekt der Deprivation hat in Polen keine Auswirkung auf die Unterstützung der populistischen Partei. Hypothese 3 muss aufgrund der Analyseergebnisse abgelehnt werden. Hier können keine signifikanten Unterschiede erkannt werden.

An dieser Stelle sollte die Auswahl der Variablen für den Fall von Polen hinterfragt werden. Vor allem die Variable in Bezug auf die Einkommensquelle scheint für Polen nur wenig geeignet zu sein, wie ein Blick in den Datensatz zeigt. Bei einem Vergleich aller Modelle zeigt sich, dass die ökonomischen Variablen insgesamt keine Erklärungskraft haben, sondern im Gegenteil die Güte des Modells verschlechtern.

Modell 3 bezieht die Wertvorstellungen der Individuen mit ein. Der Effekt der Einstellung gegenüber Immigration ist statistisch nicht signifikant. Da Immigration in Polen jedoch kontrovers diskutiert wird und sich die Parteien deutlich positionieren, ist es überraschend, dass die Einstellungen der Bürger diesbezüglich keinen Einfluss auf die Wahlentscheidung haben. Die Klientel von PiS umfasst demnach gleichermaßen Personen, die dem Thema Immigration befürwortend wie auch ablehnend gegenüberstehen. Bei einem Blick in die Daten zeigt sich, dass die Befragten im Durchschnitt angaben, Immigration eher zu befürworten (arithmetisches Mittel = 4,04; 0 = größte Zustimmung / 10 = größte Ablehnung). Vor dem Hintergrund der stark ablehnenden Haltung der polnischen Bevölkerung in der aktuellen Debatte über Migration innerhalb der EU und die Aufnahme von Flüchtlingen ist diese Beobachtung verwunderlich. Dies kann einerseits daran liegen, dass das Thema während des Erhebungszeitraums noch nicht so kontrovers diskutiert wurde wie es aktuell der Fall

ist. Andererseits ist es denkbar, dass Befragte sozial erwünscht geantwortet haben. Rafał Baczyński-Sielaczek (2015: 2) kommt diesbezüglich zu folgender Erkenntnis: „Den an der Diskussion Beteiligten, vor allem den durchschnittlichen Bürgern in Polen und den polnischen Politikern, fehlen immer noch das Basiswissen über Immigration, eine adäquate Terminologie und vor allem das Verständnis für die wesentlichen globalen Abhängigkeiten“. Die Aufnahme des Themas Migration in den öffentlichen Diskurs fand erst 2015 statt, als Polen aufgrund der Mitgliedschaft in der EU gezwungen war, sich mit dem europäischen Asylsystem und dessen Verbesserung auseinanderzusetzen. Insgesamt zeigen sich die polnischen Bürger distanziert gegenüber kultureller und religiöser Diversität. Eine Umfrage der Internationalen Organisation für Migration aus dem Jahr 2015, durchgeführt von Ipsos, hat ergeben, dass sich die polnische Gesellschaft eher durch die Attribute „verschlossen, intolerant und fremdenfeindlich“ (Baczyński-Sielaczek 2015: 4) charakterisieren lässt. Diese Erkenntnisse passen nur wenig mit den Daten aus dem ESS zusammen. Auch Items in Bezug auf den Einfluss von Immigranten auf Wirtschaft und Kultur werden im ESS durchschnittlich positiv von den polnischen Befragten beantwortet.⁸ Die Divergenz zwischen den Erkenntnissen aus der Forschungsliteratur und den Angaben der Befragten im ESS lässt darauf schließen, dass die Daten das Stimmungsbild nicht adäquat abbilden. Dies kann auf unterschiedliche Gründe, wie z.B. die Terminologie oder gewünschtes Verhalten während der Befragung, zurückgeführt werden. Aus diesem Grund könnte es interessant sein, die Analyse mit aktuelleren Daten erneut durchzuführen und den Effekt der Einstellung gegenüber Immigration auf die Wahl von PiS zu untersuchen. Da die Thematik inzwischen breit im öffentlichen Diskurs behandelt wird, kann dadurch eine Verzerrung in Bezug auf die Terminologie eher ausgeschlossen werden. Seit der Erhebung der Daten haben sich zumindest einige Parteien klar positioniert. Im Wahlkampf 2015 hat PiS die Antihaltung gegenüber Immigranten und Flüchtlingen zum Ausdruck gebracht, während andere Parteien wie die PO oder die PSL eine unbestimmte Haltung eingenommen haben (Baczyński-Sielaczek 2015: 2ff.). Im vorliegenden Datensatz können diese aktuellen Erkenntnisse noch nicht erfasst sein. Aufgrund der komplexen Sachlage sollte die Variable nicht grundsätzlich aus dem Modell ausgeschlossen werden. Die vorliegenden Ergebnisse zeigen jedoch vorerst, dass die Einstellung gegenüber Immigration keinen Einfluss auf die Wahl von PiS hat.

⁸ Die Variable zum Einfluss der Immigranten auf die polnische Wirtschaft weist ein arithmetisches Mittel von 5,51 auf, die Variable mit Bezug auf die polnische Kultur sogar eines von 6,73 (Wertebereich 0 bis 10 mit 0 als schlechtester Bewertung und 10 als bester Bewertung).

Dies bedeutet, dass - zumindest zum Zeitpunkt der Erhebung - sowohl Personen, die Migration befürworten als auch Personen, die Migration ablehnen, PiS wählen.

Im Gegensatz dazu ergibt sich bei der Einstellung zum Thema Homosexualität ein höchst signifikanter Effekt. Anhand der Ergebnisse wird deutlich, dass Personen mit traditionellen Wertvorstellungen eher dazu tendieren PiS zu wählen. Für Personen, die bei allen unabhängigen Variablen dem Durchschnitt entsprechen, steigt die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit der Wahlentscheidung für PiS um 0,0924, wenn die Ablehnung von Homosexualität um eine Einheit ansteigt. Der Effekt ist über alle Modelle hinweg konstant, wobei er in Modell 5 etwas schwächer wird.

Die Debatte über LGBT-Rechte hat in Polen wesentlich früher eingesetzt als die Debatte über Immigration. Während die Thematik der sexuellen Identität und der LGBT-Rechte in den 1990er Jahren nicht in der Öffentlichkeit diskutiert wurde, ist in den Jahren 2004 und 2005 ein Umschwung erkennbar. 2004 fand in Polen kurz nach dem EU-Beitritt die erste Gay Pride-Parade statt, die 2005 im Wahlkampf der Präsidentschaftswahl öffentlich diskutiert wurde. Seit dem EU-Beitritt setzten sich Aktivisten stärker für die Rechte sexueller Minderheiten in Polen ein. Gleichzeitig fielen einige Politiker durch homophobe Äußerungen auf und unternahmen Bestrebungen, die Rechte homosexueller Personen einzuschränken. Obwohl in Polen einige Bereiche der Politik durch den EU-Beitritt liberalisiert wurden, trifft diese Entwicklung auf LGBT-Rechte nur mit Einschränkungen zu. Vor allem im rechten Parteienspektrum kommt es auch gegenwärtig noch häufig zu homophoben Äußerungen. Im Gegensatz zu vielen westeuropäischen Ländern kann Homosexualität in Polen nicht als akzeptierte sexuelle Ausrichtung eingestuft werden (O'Dwyer/Schwartz 2010: 220f.).

Dabei bezieht sich die Entwicklung nicht nur auf LGBT-Rechte. Die Aktivisten und Befürworter nutzen Veranstaltungen, um ihren Wunsch nach liberalen Wertvorstellungen auszudrücken. Sie stehen nicht nur für die Rechte der Minderheiten ein, sondern wollen darüber hinaus generell eine Kultur der Offenheit und Toleranz etablieren. Dagegen kann die Homophobie der Gegner stellvertretend für die Ängste eines Kulturwandels weg von traditionellen Werten betrachtet werden (Graff 2006: 435ff.).

Diese Generalisierung der Thematik kann den starken und höchst signifikanten Effekt im Vergleich zu den anderen abhängigen Variablen erklären. Die Verteilung der Variablen zeigt, dass rund 40 % aller Befragten angaben, homosexuellen Personen

gegenüber positiv eingestellt zu sein, rund 14 % sogar sehr positiv. Im Gegensatz dazu haben rund 15 % eine ablehnende und knapp 11 % eine stark ablehnende Haltung. Das arithmetische Mittel von 2,7 unterstreicht die Tendenz der positiven Beantwortung dieses Items. Hierbei handelt es sich um eines der wenigen Items im ESS, das sich direkt auf liberale Wertvorstellungen bezieht. Weil der erkannte Trend durch keine anderen Items überprüft werden kann, ist es schwierig, ihn zu generalisieren.

Da jedoch in der Forschungsliteratur angenommen wird, dass die polnischen Bürger ihre liberalen Wertvorstellungen über die Einstellungen zu Homosexualität zum Ausdruck bringen, kann Hypothese 4 angenommen werden. Der nicht signifikante Effekt der Einstellung gegenüber Immigration sollte mit aktuelleren Daten erneut überprüft werden. Darüber hinaus ist es notwendig, die Effekte weiterer Variablen mit Bezug auf liberale Wertvorstellungen zu testen. Für den Fall von Polen könnte beispielsweise die Einstellung gegenüber Abtreibung interessant sein, da das Thema gegenwärtig sehr präsent und stark polarisierend im öffentlichen Diskurs platziert ist.

In Bezug auf die Wertvorstellungen zeigt sich erneut, wie schwierig es ist, Staaten in Mittel- und Osteuropa mit Maßstäben westeuropäischer Demokratien zu bewerten. Erst die genauere Betrachtung des polnischen Kontexts erlaubt eine sachgemäße Interpretation der Ergebnisse. Anhand der verschiedenen Zeitpunkte der Beschäftigung mit Themen im politischen Diskurs können die Ergebnisse sinnvoll erklärt werden. Es kann nicht einfach davon ausgegangen werden, dass die Inhalte in gleichem Umfang und zum gleichen Zeitpunkt in Polen thematisiert werden wie in westeuropäischen Ländern. Dementsprechend können sich das Verständnis bestimmter Begriffe und die Bewertungsmaßstäbe der Bürger von Land zu Land enorm unterscheiden. Der EU-Beitritt hat zwar zu einer Beschleunigung des Prozesses geführt, da west-, mittel- und osteuropäische Staaten gleichermaßen mit Problemen konfrontiert sind. Die Behandlung der Themen in den unterschiedlichen Mitgliedsstaaten kann allerdings sehr verschieden ausfallen. Die Einstellungen gegenüber bestimmten Wertvorstellungen scheinen der Ausdruck dieser Entwicklung zu sein. Aus diesem Grund sollte besonderes Augenmerk auf Ingleharts Theorie der Silent Revolution gelenkt werden. Diese hat für Polen Erklärungskraft wie die Ergebnisse der logistischen Regression mit Blick auf die Einstellungen zu Homosexualität zeigen.

Im Gegensatz dazu lassen sich bei den Variablen der sozialen Isolation keine starken Effekte erkennen. Lediglich eine der drei Variablen ist statistisch signifikant. Bei dem generellen Vertrauen einer Person in seine Mitmenschen lässt sich Folgendes erkennen:

Mit steigendem Vertrauen in die Mitmenschen sinkt die Wahrscheinlichkeit PiS zu wählen. Misstrauische Personen hingegen tendieren eher dazu, die Partei durch ihre Stimmabgabe zu unterstützen. Im Durchschnitt geben die Befragten Personen an, eher misstrauisch gegenüber ihren Mitmenschen zu sein (arithmetisches Mittel = 5,87; 0 = starkes Vertrauen / 10 = größtes Misstrauen). Dieses Ergebnis lässt sich auf die Zeiten kommunistischer Herrschaft in Polen zurückführen, während der Unterdrückung und ein etabliertes Spitzelwesen zum Alltag der Menschen gehörten. Das Misstrauen gegenüber den Mitmenschen war zu diesen Zeiten in Polen aufgrund der Umstände stark ausgeprägt. Aufgrund der Sozialisation ist das Gefühl von Misstrauen vor allem bei älteren Personen tief verwurzelt. Demgegenüber geht Vertrauen in die Mitmenschen häufig mit Offenheit für das neue liberale System einher. PiS als Partei, die an einem traditionellen System festhält, greift demnach eher die Ängste und Wünsche der misstrauischen Personen auf als die der generell vertrauensvollen Personen.

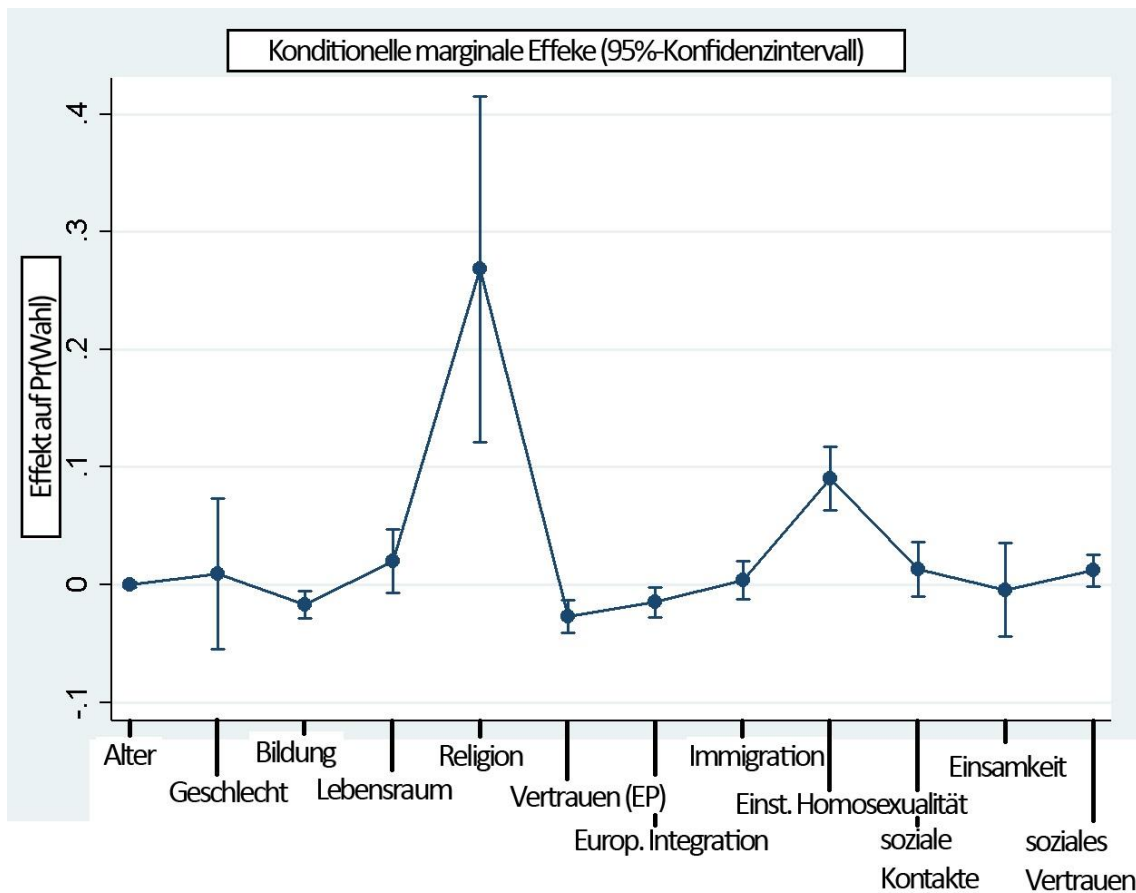
Die Häufigkeit des Kontakts mit Mitmenschen und das Gefühl von Einsamkeit haben keinen Effekt auf die Wahl der Partei PiS. Die soziale Isolation einer Person kann also keine Unterschiede der Wahlentscheidung erklären. Dieses Ergebnis entspricht nicht den formulierten Erwartungen. Eine mögliche Erklärung hierfür besteht darin, dass isolierte Personen nicht zwangsläufig dazu überlaufen, populistische Parteien zu wählen. Es ist ebenso möglich, dass sie sich komplett aus dem öffentlichen Leben zurückziehen und überhaupt nicht mehr politisch partizipieren. Daraus folgt, dass sich ein Teil der Personen, die angaben sich einsam zu fühlen und keine bzw. wenige soziale Kontakte zu haben, unter den Nicht-Wählern wieder finden (Rydgren 2011: 134f.).

Größeres Vertrauen in die Mitmenschen hingegen wirkt sich negativ auf die Wahl von PiS aus. Da dieses Item inhaltlich am wenigsten den Überlegungen zur sozialen Isolation entspricht, sondern eher ein Grundproblem der polnischen Zivilgesellschaft offen legt, muss Hypothese 5 abgelehnt werden. Unter den Wählern von PiS befinden sich sowohl sozial integrierte als auch sozial desintegrierte Personen. Der Aspekt des Vertrauens sollte dennoch nicht vollständig ausgeklammert werden, obwohl seine Signifikanz und die Stärke des Effekts in Modell 5 abnehmen.

Zusammenfassend hat sich gezeigt, dass einige Prädiktoren besser für die Erklärung der Wahlentscheidung geeignet sind als andere. Die ökonomischen Variablen sowie die Variablen, die sich auf soziale Isolation beziehen, weisen die schwächste Erklärungskraft auf. Da sich immerhin bei den Überlegungen zu sozialem Vertrauen ein Einfluss nachweisen lässt und die Aufnahme der Variablen die Güte des Modells

verbessert, verbleiben die zugehörigen Variablen im Modell. Die Überlegungen zu einem Zusammenhang zwischen ökonomischen Faktoren und der Wahl von PiS haben sich jedoch in Modell 5 als nicht haltbar herausgestellt. Aus diesem Grund werden sie ausgeschlossen und Modell 5 insgesamt als beste Schätzung angenommen. In Abbildung 3 werden die Effekte der unabhängigen Variablen auf die Wahlentscheidung in Modell 5 noch einmal grafisch dargestellt.

Abbildung 3: Effekte der unabhängigen Variablen auf die Wahlentscheidung nach Modell 5



Quelle: eigene Darstellung

Als höchst signifikante Erklärungsfaktoren für die Wahl von PiS haben sich Bildung, Religion, Vertrauen ins Europäische Parlament sowie die Einstellung zu Homosexualität erwiesen. Darüber hinaus können die Einstellung zur europäischen Integration auf einem Signifikanzniveau von 95 % und der Grad des Vertrauens in die Mitmenschen auf einem Signifikanzniveau von 90 % Aufschluss über die Klientel der populistischen Partei geben. Alle anderen Variablen sind statistisch nicht signifikant. Die Effekte der Religionszugehörigkeit, einer ablehnenden Einstellung gegenüber

Homosexualität und einem generellen Misstrauen gegenüber Mitmenschen auf die Wahl von PiS sind positiv. Ein höherer Bildungsgrad, größeres Vertrauen ins Europäische Parlament und die Befürwortung der europäischen Integration wirken sich hingegen negativ auf die Wahl von PiS aus.

Die Prädiktoren in Bezug auf die EU haben sich in ihrer Gesamtheit als relevant erwiesen. Die neuen Erkenntnisse, die theoretisch von Kriesi et al. formuliert wurden, konnten in dieser Arbeit erstmals empirisch überprüft werden. Auf den Fall von Polen sind sie gut anwendbar. Da die Europäisierung ein Phänomen ist, das auf alle europäischen Staaten gleichermaßen zutrifft, wäre es interessant die Erklärungskraft bei anderen EU-Mitgliedsstaaten zu untersuchen. Dies könnte zu neuen Erkenntnissen für die Erklärung des Erfolgs populistischer Parteien in Europa führen. Weiterführend kann auch allgemeiner der Aspekt der Globalisierung in nicht-europäischen Staaten untersucht werden.

Darüber hinaus sollte die Einstellung gegenüber Immigration weitergehend überprüft werden. Obwohl sich in der Analyse kein statistisch signifikanter Effekt zeigt, besteht die Möglichkeit, dass ein solcher bei aktuelleren Daten nachweisbar ist. Der starke Effekt der Einstellung zum Thema Homosexualität legt die Vermutung nahe, dass Wertvorstellungen eine zentrale Rolle bei der Wahlentscheidung spielen. Die frühere Thematisierung von LGBT-Rechten im öffentlichen Diskurs erlaubt ein gutes Verständnis der Terminologie und der Herausbildung einer Einstellung bezüglich dieser Thematik. Im Gegensatz dazu wurde Immigration erst viel später thematisiert. Wie bereits herausgearbeitet wurde, ergeben sich hieraus verschiedene Probleme. Durch die Migrationskrise und die damit verbundene Thematisierung von Immigration im öffentlichen Diskurs sollte sich das Verständnis des Begriffs in Polen in der Zwischenzeit grundlegend verändert haben. Dieser Prozess hat jedoch erst nach der Datenerhebung eingesetzt. Eine erneute Untersuchung mit aktuelleren Daten könnte die Erkenntnisse in Bezug auf Wertvorstellungen der Bürger untermauern.

Ein weiterer Faktor, der langfristig Einzug in das Modell finden sollte, ist die Parteiidentifikation. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese das Wahlverhalten beeinflusst und die Erklärungskraft des Modells enorm verbessert. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt entspricht die im ESS erfasste Parteiidentifikation jedoch nicht den theoretischen Überlegungen im Sinne von Campbell et al. Dies ist erst nach einer Konsolidierung des Parteiensystems und einer Herausbildung der Parteiidentifikation

im Sozialisationsprozess möglich. Sind diese Punkte erfüllt, steht einer Aufnahme der Parteiidentifikation in das Modell nichts im Weg.

5 Fazit

Das Ziel dieser Arbeit besteht darin, Determinanten für die Wahl der populistischen Partei PiS herauszufinden. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde zunächst der Begriff Populismus näher definiert. Im Anschluss folgten eine Darstellung der polnischen Parteien und die Einteilung der Parteien in die zwei Gruppen „populistisch“ und „nicht-populistisch“. Die beiden Parteien PiS und KNP konnten dabei den populistischen Parteien zugeordnet werden. Darüber hinaus wurden die Besonderheiten des polnischen Parteiensystems herausgestellt, die es bei der Entwicklung eines eigenen Forschungsmodells zu beachten gab. Durch die Darstellung des aktuellen Forschungsstandes konnten unterschiedliche Forschungsdesigns verglichen und relevante Erklärungsfaktoren erkannt werden. Außerdem wurden Forschungslücken herausgearbeitet, vor allem im Bereich empirischer Studien, die den Erfolg populistischer Parteien in Mittel- und Osteuropa untersuchen. Da das Ziel dieser Arbeit darin besteht, einen Beitrag in genau diesem Bereich zu liefern, zeigt sich die Relevanz der zugrundeliegenden Forschungsfrage.

Für die Entwicklung eines neuen Modells, das den länderspezifischen Kontext besonders beachtet, wurde zunächst ein allgemeines Modell des Wahlverhaltens von Campbell et al. vorgestellt, das den Fokus auf die Parteiidentifikation sowie die Einstellungen der Bürger gegenüber Kandidaten- und Sachfragen lenkt. Daraufhin folgte eine Übersicht über Erklärungsansätze in Bezug auf die Unterstützung rechtsextremer Parteien. Es konnte herausgearbeitet werden, dass diese auch auf populistische Parteien anwendbar sind. Zudem wurden Möglichkeiten aufgezeigt, sie mit dem allgemeinen Modell von Campbell et al. zu verbinden. In einem dritten Schritt wurde durch die Darstellung einer neuen Konfliktlinie, die die Europäisierung in den Fokus rückt, eine neue Perspektive für die Erklärung des Wahlverhaltens aufgezeigt. Die Darstellung orientierte sich an Überlegungen von Kriesi et al. Diese neue Konfliktlinie wurde mit dem länderspezifischen Kontext in Verbindung gebracht. Auf Basis der vorgestellten Ansätze konnte schließlich ein Modell entwickelt werden, das speziell auf Polen zugeschnitten ist und folgende Aspekte einbezieht: Einstellungen gegenüber der EU und der europäischen Integration, subjektive und objektive ökonomische Aspekte, Einstellungen zu Wertvorstellungen (Immigration und

Homosexualität) und Aspekte der sozialen Isolation. Zudem wurden soziodemografische Faktoren als Kontrollvariablen in das Modell aufgenommen. Nach der Formulierung von Hypothesen auf Basis der theoretischen Überlegungen konnte die Operationalisierung des Modells mit Items des ESS durchgeführt werden.

Die empirische Analyse führte zu folgenden Ergebnissen: Nach der Überprüfung fünf verschiedener Modelle wurde Modell 5 als beste Schätzung angenommen. In diesem Modell wurden die ökonomischen Variablen ausgeschlossen, da sie die Güte des Modells verschlechtern. Insgesamt befinden sich die Pseudo R^2 -Werte aller Modelle auf einem niedrigen Niveau. Dies lässt sich auf den Ausschluss der Parteiidentifikation aus dem Modell aufgrund theoretischer Überlegungen zurückführen. Werden die Modelle erneut mit der Parteiidentifikation berechnet, verbessert sich die Güte enorm. Langfristig sollte demnach die Aufnahme der Parteiidentifikation in das Modell in Betracht gezogen werden. Dies kann jedoch erst nach einer Konsolidierung des Parteiensystems und einem langfristigeren Sozialisationsprozess bei den polnischen Bürgern in diesem neuen System geschehen.

Folgende Determinanten der Wahlentscheidung konnten mit Hilfe der empirischen Analyse herausgearbeitet werden: Vor allem die Religionszugehörigkeit hat einen starken positiven Effekt auf die Wahl von PiS. Die enge Verbindung zwischen der katholischen Kirche und der populistischen Partei macht sich hier deutlich bemerkbar. Obwohl ein Effekt erwartet wurde, ist die Intensität im Vergleich zu allen anderen Faktoren überraschend.

Darüber hinaus konnte in dieser Arbeit erstmals nachgewiesen werden, dass Einstellungen zur EU einen Einfluss auf die Unterstützung populistischer Parteien haben. Die von Kriesi et al. formulierte neue Konfliktlinie in Bezug auf die Europäisierung wurde erstmals in ein Modell aufgenommen, das sich mit der Erklärung von Wahlverhalten beschäftigt. Das besondere Verhältnis der polnischen Bürger zur EU ließ erahnen, dass sich die Einstellungen gegenüber der EU auf die Wahlentscheidung auswirken. Vor allem die starke allgemeine Zustimmung zur EU und die gleichzeitige Ablehnung einer sektoralen Vertiefung der Zusammenarbeit zeigen, wie kontrovers die EU in Polen bewertet wird. Der EU-Enthusiasmus ist ein Aspekt, der Polen von vielen anderen EU-Mitgliedsstaaten unterscheidet. Ausgehend von dieser Beobachtung konnte mittels der Analyse nachgewiesen werden, dass größeres Vertrauen in die EU, in diesem Fall ins Europäische Parlament, mit einer sinkenden Wahrscheinlichkeit PiS zu wählen einhergeht. Gleiches trifft auch bei einer positiven Einstellung gegenüber der

Vertiefung der europäischen Integration zu. Bei den „EU-Enthusiasten“ unter den polnischen Bürgern fällt die Unterstützung der Partei PiS also wesentlich geringer als bei Personen, die der EU gegenüber negativ eingestellt sind. Der negative Effekt ist bei beiden Variablen gleichermaßen erkennbar und höchst signifikant. Aus diesem Grund wäre es interessant, weitere Variablen in das Modell zu integrieren und zu überprüfen, ob sich das Ergebnis festigen lässt. Als zusätzliche Punkte könnten beispielsweise eine Identifikation mit der Unionsbürgerschaft oder eine Abwägung von Kosten und Nutzen der EU-Mitgliedschaft im Allgemeinen einbezogen werden.

Ein weiterer Aspekt, der sich auf die Wahlentscheidung auswirkt, ist die Einstellung zu bestimmten Wertvorstellungen. Dabei hat sich vor allem die Einstellung zum Thema Homosexualität als relevanter Prädiktor erwiesen. Glaubt man den jüngsten Erkenntnissen aus der Forschungsliteratur, gibt dies nicht nur Auskunft über die Einstellung gegenüber Homosexualität per se, sondern kann als Ausdruck eines liberalen Wertesystems im Allgemeinen verstanden werden. Personen, die Homosexualität als sexuelle Ausrichtung akzeptieren und sich für LGBT-Rechte einsetzen, stehen für eine Kultur der Offenheit und Toleranz. Im Sinne von Inglehart sind dies Personen, die postmaterialistische Werte vertreten und dem Kulturwandel positiv gegenüber eingestellt sind. Die Klientel von PiS besteht demnach überwiegend aus Personen mit einem traditionellen Wertesystem und weniger aus Personen, die liberal eingestellt sind. Betrachtet man die Thematik genauer, zeigt sich, dass der Umschwung nach dem EU-Beitritt stattgefunden hat. Der Grund liegt in dem größeren Schutz der Individuen und der Vermittlung liberaler Werte durch die EU. Demnach könnte es auch interessant sein, sich die Interdependenzen zwischen EU-Variablen und Wertvorstellungen anzuschauen. Ebenfalls interessant ist eine weitere Beobachtung der Einstellung zum Thema Immigration. Dadurch, dass die Erhebung der Daten zeitlich vor der Thematisierung der Immigration im öffentlichen Diskurs stattgefunden hat, ist es möglich, dass der Effekt in dieser Analyse nicht adäquat abgebildet wird. Eine erneute Untersuchung mit aktuelleren Daten könnte zeigen, ob der Effekt im Sinne der theoretischen Überlegungen dieser Arbeit nachweisbar ist.

Auch beim Vertrauen in die Mitmenschen konnte ein Effekt nachgewiesen werden. Personen, die generell misstrauisch sind, haben eine höhere Wahrscheinlichkeit, PiS zu wählen als Personen, die ihren Mitmenschen generell vertrauen. Die Prädiktoren zur sozialen Isolation haben keine signifikanten Effekte ergeben.

Zuletzt konnte auch bei dem soziodemografischen Faktor Bildung ein negativer Effekt berechnet werden. Ein höherer Bildungsgrad verringert demnach die Wahrscheinlichkeit, PiS zu wählen. In Bezug auf den Lebensraum ist zumindest in Modell 1 eine Tendenz erkennbar. Personen, die in ländlich geprägten Regionen leben, tendieren eher dazu, die populistische Partei zu wählen als Personen, die in urbanen Regionen leben.

Insgesamt hat diese Arbeit zu neuen Erkenntnisse hinsichtlich der Determinanten der Wahlentscheidung für die populistische Partei PiS geführt. Die Fragestellung konnte anhand der durchgeführten Analyse beantwortet werden. Darüber hinaus wurde erstmals ein Zusammenhang zwischen negativen Einstellungen gegenüber der Europäisierung und der Wahl von PiS nachgewiesen. Die zugrundeliegenden theoretischen Zusammenhänge sind problemlos auf andere europäische Staaten übertragbar. Dieser neue Ansatzpunkt zeigt eine neue Perspektive auf und könnte einen Beitrag zur Erklärung des Erfolgs populistischer Parteien in Europa leisten.

Anhang

Ideologische Einordnung und Klassifizierung der polnischen Parteien

Partei	Abkürzung	Ideologische Ausrichtung	In Sejm vertreten (2011)		In Sejm vertreten (2015)		Populistische Partei	
			Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
Recht und Gerechtigkeit	<u>PiS</u>	National-konservativ, christdemokratisch, EU-kritisch	X		X (Regierungsverantwortung)		X	
Bürgerplattform	PO	Liberal-konservativ	X (Regierungsverantwortung)		X			X
Polnische Bauernpartei	PSL	Gemäßigt konservativ, christdemokratisch	X (Regierungsverantwortung)		X			X
Demokratische Linksallianz	SLD	Sozialdemokratisch	X			X		X
<u>P</u> alikat-Bewegung	RP	Fokus auf Internetthemen	X		-	-		(X)
Wahlkomitee Deutsche Minderheit		Ethnische Minderheitenpartei	X		X			X
Kongress der neuen Rechten	KNP	National-konservativ, libertär, EU-kritisch		X		X		
Polen ist am Wichtigsten	PJN	Wertkonservativ, sozialkatholisch		X	-	-		X
Polnische Partei der Arbeit	PPP	Sozialistisch, EU-kritisch		X	-	-		X
<u>Kukiz '15</u>	-	Konservativ, EU-kritisch	-	-	X		X	
<u>Nowoczesna</u>	-	wirtschaftsliberal	-	-	X			X

Operationalisierung: Fragestellung und Codierung nach ESS

Variable		Fragestellung	Codierung
Abhängige Variable: Wahlentscheidung bei der Parlamentswahl 2011			
Wahlentscheidung bei der Parlamentswahl	B10	“Which party did you vote for in that election?”	(1) KNP (2) PO (3) PJN (4) Sierpień 80 (5) PSL (6) PiS (7) Palikot-Bewegung (8) SLD (9) Andere
Unabhängige Variablen			
Europäische Integration			
Vertrauen in EU Parlament	B7	“Using this card, please tell me in a score of 0-10 how much you <u>personally</u> trust each of the institutions I read out (...) ...the European Parliament?”	10-Punkte-Skala (0) No trust at all (10) Complete trust
EU-Integration	B28	“Now thinking about the European Union, some say European unification should go further. Others say it has already gone too far. Using this card, what number on the scale best describes your position?”	10-Punkte-Skala (0) Unification has already gone too far (11) Unification should go further
Ökonomische Faktoren			
	F41	“Using this card, please tell me which letter describes your household’s total income, after tax and compulsory deductions, from <u>all</u> sources? If you don’t know the exact figure, please give an estimate (...)”	10-Punkte-Skala (0) Einkommen korrespondierend mit 10% der Haushalte mit niedrigstem Einkommen (10) Einkommen korrespondierend mit 10% der Haushalte mit höchstem Einkommen
	F40	“Please consider the income of all household members and any income which may be received by the household as a whole. What is the <u>main</u> source of income in your household?”	(1) Wages or salaries (2) Income from self-employment (excluding farming) (3) Income from farming (4) Pensions (5) Unemployment/redundancy benefit (6) Any other social benefits or grants (7) Income from investment, savings, insurance or property (8) Income from other sources
Einschätzung des Haushaltseinkommens	F42	“Which of the descriptions on this card comes closest to how you feel about your household’s income nowadays?”	(1) Living comfortably on present income (2) Coping on present income (3) Finding it difficult on present income (4) Finding it very difficult on present income
Wertorientierungen			
Immigration	B34	“Is Poland made a worse or a better place to live by people coming to live here from other countries?”	(0) Worse place to live (10) Better place to live
Einstellung gegenüber Homosexualität	B27	“Gay men and lesbians should be free to live their own life as they wish”	5-Punkte-Skala (1) Agree stongly

			(2) Agree (3) Neither agree nor disagree (4) Disagree (5) Disagree strongly
Soziale Integration			
Soziale Integration	C2	“Using this card, how often do you meet <u>socially</u> with friends, relatives or work colleagues?”	(1) Never (2) Less than once a month (3) Once a month (4) Several times a month (5) Once a week (6) Several times a week (7) Every day
Einsamkeit	D9	“Using this card, please tell me how much of the time during the past week... ..you felt lonely?”	(1) None of almost none of the time (2) Some of the time (3) Most of the time (4) All or almost all of the time
Soziales Vertrauen	A3	“Using this card, generally speaking, would you say that most people can be trusted or that you can’t be too careful in dealing with people? (...)”	10-Punkte-Skale (0) You can’t be too careful (10) Most people can be trusted
Soziodemografische Faktoren			
Religions-zugehörigkeit	C9	“Do you consider yourself as belonging to any particular religion or denomination?”	(1) Yes (2) No
Alter	F3	Year born	Offene Frage
Geschlecht	F2	Sex	(1) Male (2) Female
Bildung	F16	“About how many years of education have you completed, whether full-time or part-time? Please report these in full-time equivalents and include compulsory years of schooling.”	Offene Frage
Lebensraum	F14	“Which phrase on this card best describes the area where you live?”	(1) A big city (2) The suburbs or outskirts of a big city (3) A town or a small city (4) A country village (5) A farm or home in the countryside

Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W. / Frenkel-Brunswik, Else / Levinson, Daniel J. / Sanford, R. Nevitt (1950): *The Authoritarian Personality*, New York: Harper.
- Akkerman, Agnes / Mudde, Cas / Zaslove, Andrej (2014): How Populist Are the People? Measuring Populist Attitudes in Voters, in: *Comparative Political Studies*, 47 (9), S. 1324-1353.
- Anduiza, Eva / Guillem Rico (2016): Economic correlates of populist attitudes: An analysis of nine European countries, <https://www.ceu.edu/sites/default/files/attachment/event/14668/economic-correlates-populist-attitudes-eva-anduiza.pdf> (29.06.2017).
- Arzheimer, Kai (2008): *Die Wähler der extremen Rechten 1980-2002*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Aslanidis, Paris (2015): Is Populism an Ideology? A Refutation and a New Perspective, in: *Political Studies*, 64(1S), S. 88-104.
- Baczyński-Sielaczek, Rafał (2015): Aufnahme und Integration von Flüchtlingen in Polen, *Polen-Analysen* Nr. 170, <http://www.laenderanalysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen170.pdf> (10.08.2017).
- Bader, Katarina (2013): *Medialisierung der Parteien, Politisierung der Medien: Interdependenzen zwischen Medien und Politik im postsozialistischen Polen*, Wiesbaden: Springer VS.
- Bakker, Bert N. / Rooduijn Mattheijs / Schumacher, Gijs (2016): The Psychological Roots of Populist Voting: Evidence from the United States, the Netherlands and Germany, in: *European Journal of Political Research*, 55 (2), S. 302-320.
- Bornschieer, Simon (2010): *Cleavage politics and the populist right: the new cultural conflict in Western Europe*, Philadelphia: Temple University Press.
- Campbell, Angus / Gerald Gurin / Warren E. Miller (1954): *The Voter Decides*, Evanston/Illinois: Row, Peterson and Company.
- Campbell, Angus / Philip E. Converse, Warren E. Miller / Donald E. Stokes (1960): *The American Voter*, New York: Wiley.
- Dalton, Russel J. (1988): *Citizen Politics in Western Democracies. Public Opinion in the United States, Great Britain, West Germany, and France*, Chatham: Chatham House.
- Deutschlandfunk Kultur (2017): Kampf gegen den polnischen Rechtspopulismus. Die Macht ist weiblich, http://www.deutschlandfunkkultur.de/kampf-gegen-den-polnischen-rechtspopulismus-die-macht-ist-1005.de.html?dram:article_id=380609 (01.07.2017).
- Doyle, David (2011): The legitimacy of political institutions: Explaining contemporary populism in Latin America, in: *Comparative Political Studies*, 44, S. 1447-1473.
- Europäische Union (2016): *Standard-Eurobarometer 86, Herbst 2016, Erste Ergebnisse, Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union*, <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Survey/getSurveyDetail/instruments/STANDARD/surveyKy/2137> (16.07.2017).

- European Commission (2016): EU budget 2015. Financial report, http://ec.europa.eu/budget/financialreport/2015/lib/financial_report_2015_en.pdf (08.08.2017).
- European Social Survey (2012): Source Questionnaire, http://www.europeansocialsurvey.org/methodology/ess_methodology/source_questionnaire/ (12.07.2017).
- European Social Survey (2014): Weighting European Social Survey Data, http://www.europeansocialsurvey.org/docs/methodology/ESS_weighting_data_1.pdf (05.08.2017).
- Flis, Jarosław (2012): Die Palikot-Bewegung, in: Polen-Analysen, Nr. 108, <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen108.pdf> (05.07.2017).
- Flis, Jarosław (2012): Recht und Gerechtigkeit (PiS) – unkoordinierter Flügelschlag, in: Polen-Analysen, Nr. 107, <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen117.pdf> (03.07.2017)
- Fomina, Joanna / Kucharczyk, Jacek (2016): Populism and Protest in Poland, in: *Journal of Democracy*, 27 (4), S. 58-68.
- Graff, Agnieszka (2006): We Are (Not All) Homophobes: A Report from Poland, in: *Feminist Studies*, 32 (2), S. 434-449.
- Hess, Agnieszka / Dominika Kasprowicz (2016): The populism of the Right in Poland (Self Defence and Kukiz'15), <https://ecpr.eu/Filestore/PaperProposal/a66c1035-1b4c-4a92-b301-cc9c3ec0727a.pdf> (05.07.2017).
- Ignazi, Piero (1992): The Silent Counter-Revolution. Hypotheses on the Emergence of Extreme Right-Wing Parties in Europe, in: *European Journal of Political Research*, 22, S. 3-34.
- Inglehart, Ronald (1977): *The silent revolution: Changing values and political styles among western publics*, Princeton, New Jersey: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald F. / Pippa Norris (2016): Trump, Brexit, and the rise of Populism: Economic have-nots and cultural backlash, HKS Working Paper No. RWP16-026, <https://ssrn.com/abstract=2818659> (19.06.2017).
- Kohler, Ulrich / Kreuterr, Frauke (2017): *Datenanalyse mit Stata. Allgemeine Konzepte der Datenanalyse und ihre praktische Anwendung*, 5. aktualisierte Auflage, Oldenburg: De Gruyter.
- Kriesi, Hanspeter / Edgar Grande / Romain Lachat / Martina Dolezal / Simon Bornschieer / Timotheos Frey (2006): Globalization and the Transformation of the National Political Space: Six European Countries Compared, in: *European Journal of Political Research*, 45 (6), S. 921-956.
- Kriesi, Hanspeter / Grande, Edgar / Lachat, Romain / Dolezal, Martina / Bornschieer, Simon / Frey, Timotheos (2008): *West European Politics in the Age of Globalization*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Kriesi, Hanspeter / Lavenex, Sandra / Esser, Frank / Matthes, Jörg / Bühlmann, Marc / Bochsler, Daniel (2013): *Challenges to Democracy in the 21st Century. Democracy in the Age of Globalization and Mediatization*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.

- Lang, Kai-Olaf (2000): Polen Demokratische Linksallianz – eine post-postkommunistische Partei?: Vom Bündnis SLD zur Partei SLD, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Aktuelle Analysen, Nr. 4/2000.
- Lazarsfeld, Paul F. / Bernard Berelson / Hazel Gaudet (1944): *The People's Choice. How the Voter Makes up his Mind in Presidential Campaign*, New York: Columbia University Press.
- Majcherek, Janusz A. (2011): Polen nach den Parlamentswahlen 2011, in: Polen-Analysen Nr. 97, <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen97.pdf> (17.07.2017).
- Majcherek, Janusz A. (2014): Die innere Entwicklung der Bürgerplattform (PO), in: Polen-Analysen, Nr. 138, <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen138.pdf> (06.07.2017).
- Markowski, Radosław (2015): Wie viel 'Budapest' liegt in Warschau? Eine Wahl zugunsten radikaler Veränderungen, Polen-Analysen Nr. 171, <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen171.pdf> (10.08.2016).
- Millard, Frances (2009): Poland: Parties without a Party System, 1991-2008, in: *Politics & Policy*, 37 (4), S. 781-798.
- Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist, in: *Government and Opposition*, 39 (4), S. 542-563.
- O'Dwyer, Conor / Schwartz, Katrina (2010): Minority rights after EU enlargement: A comparison of antigay politics in Poland and Latvia, in: *Comparative European Politics*, 8 (2), S. 220-243.
- Pilawski, Krzysztof / Holger Politt (2016): *Polens Rolle rückwärts: Der Aufstieg der Nationalkonservativen und die Perspektive der Linken*, Hamburg: Vsa Verlag.
- Politt, Holger (2005): Polens Linke vor den Wahlen, <https://www.rosalux.de/publikation/id/2074/polens-linke-vor-den-wahlen/> (05.07.2017)
- Politt, Holger (2015): Polen: Im Wirrwarr der Himmelsrichtungen, in: *Kultursoziologie*, 3/15, S. 58-65,
- Priester, Karin (2011): Definitionen und Typologien des Populismus, in: *Soziale Welt*, 62 (2), S. 185-198.
- Remmer, Karen L. (2012): The rise of leftist-populist governance in Latin America: The roots of electoral change, in: *Comparative Political Studies*, 45, S. 947-972.
- Rokeach, Milton (1960): *The Open and Closed Mind*, New York: Basic Book.
- Rydgren, Jens (2011): A legacy of 'uncivicness'? Social capital and radical right-wing populist voting in Eastern Europe, in: *Acta Politica*, 46, S. 132-157.
- Schoen, Harald / Weins, Cornelia (2014): Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten, in: Falter, Jürgen W. / Schoen, Harald: *Handbuch Wahlforschung*, 2. Aufl., Wiesbaden: Springer VS.
- Schultze, Martin (2016): *Wahlverhalten und Wählerheterogenität: Theorie und Empirie auf Grundlage des Michigan-Modells*, Wiesbaden: Springer VS.

- Schumann, Siegfried (2011): Repräsentative Umfrage. Praxisorientierte Einführung in empirische Methoden und statistische Analyseverfahren, 5. Aufl., München: Oldenburger Wissenschaftsverlag.
- Slomczynski, Kazimierz / Goldie Shabad (2011): Perceptions of political party corruption and voting behaviour in Poland, in: *Party Politics*, 18(6), 897-917.
- Stanley, Ben (2011): Populism, nationalism, or national populism? An analysis of Slovak voting behaviour at the 2010 parliamentary election, in: *Communist and Post-Communist Studies*, 44, S. 257-270.
- Sutowski, Michał (2017): Die Suche nach dem Heiligen Gral – Über die Probleme linker Parteien in Polen, in: *Polen-Analysen*, Nr. 197, <http://www.laenderanalysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen197.pdf> (06.07.2017).
- Vetter, Reinhold (2015): Von Kaczyńskis Gnaden. Die neue nationalkonservative Regierung, in: *Polen-Analysen*, Nr. 173, <http://www.laenderanalysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen173.pdf> (10.08.2016).
- Waschinski, Markus (2008): Die deutsche Minderheit in Polen, in: *Polen-Analysen*, Nr. 26, <http://www.laenderanalysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen26.pdf> (14.07.2017).
- Williams, Richard (2012): Using the margins command to estimate and interpret adjusted predictions and marginal effects, in: *The Stata Journal*, 12(2), S. 308-331.
- Winkler, Jürgen R. (1996): Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus, in: Falter, Jürgen / Jaschke, H. / Winkler, Jürgen R. (Hrsg.): *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*, PVS Sonderheft 27 (S. 25-48), Opladen: Westdeutscher Verlag.

Erklärung für schriftliche Prüfungsleistungen

gemäß § 20 Abs. 3 und Abs. 5 der Ordnung der Fachbereiche 02, 05 und 07 der Johannes Gutenberg-Universität Mainz für die Prüfung in Masterstudiengängen (MAPO)

Masterstudiengang _____

Hiermit erkläre ich, _____

Matrikelnummer: _____

dass ich die vorliegende Arbeit mit dem Titel

selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen oder Hilfsmittel (einschließlich elektronischer Medien und Online-Quellen) benutzt habe. Von der Ordnung zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis in Forschung und Lehre und zum Verfahren zum Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten habe ich Kenntnis genommen (zu finden unter http://www.uni-mainz.de/organisation/Dateien/ordnung_sicherung_guter_wissenschaftlicher_praxis.pdf).

Mir ist bewusst, dass ein Täuschungsversuch oder ein Ordnungsverstoß vorliegt, wenn sich diese Erklärung als unwahr erweist. § 20 Absatz 3 der Prüfungsordnung (s.u.) habe ich zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum

Unterschrift

Auszug aus § 20 Abs. 3 MAPO: Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(3) Versucht die Kandidatin oder der Kandidat das Ergebnis einer Prüfung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, oder erweist sich eine Erklärung gem. Absatz 5 als unwahr, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) absolviert (...)

§ 20 Abs. 5 MAPO: Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(5) Bei schriftlichen Prüfungsleistungen gemäß § 13 mit Ausnahme von Klausuren hat die oder der Studierende bei der Abgabe der Arbeit eine schriftliche Erklärung vorzulegen, dass sie oder er die Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat. Erweist sich eine solche Erklärung als unwahr oder liegt ein sonstiger Täuschungsversuch oder ein Ordnungsverstoß bei der Erbringung von Prüfungsleistungen vor, gelten die Absätze 3 und 4 entsprechend.